

WENN'S WIRKLICH WICHTIG IST,  
DANN LIEBER MIT DER POST.



**JAHRESABSCHLUSS 2010**  
**ÖSTERREICHISCHE POST AG**  
**EINZELABSCHLUSS NACH ÖSTERREICHISCHEM UGB**



# ANLAGENVERZEICHNIS

Bilanz zum 31. Dezember 2010	1
Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2010	2
Anhang für das Geschäftsjahr 2010	3
Lagebericht für das Geschäftsjahr 2010	4



# BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2010

Aktiva	31.12.2009	31.12.2010
	TEUR	EUR
<b>A. Anlagevermögen</b>		
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>		
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	5.559	5.163.754,59
<b>II. Sachanlagen</b>		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremdem Grund	295.580	271.552.635,56
2. technische Anlagen und Maschinen	43.310	41.883.291,70
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	93.607	85.964.815,86
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	11.331	4.265.476,84
	<b>443.827</b>	<b>403.666.219,96</b>
<b>III. Finanzanlagen</b>		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	446.680	453.715.724,08
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	11.777	55.676.043,37
3. Beteiligungen	988	988.494,90
4. Wertpapiere (Wertrechte) des Anlagevermögens	101.024	91.018.109,68
	<b>560.469</b>	<b>601.398.372,03</b>
	<b>1.009.856</b>	<b>1.010.228.346,58</b>
<b>B. Umlaufvermögen</b>		
<b>I. Vorräte</b>		
1. Hilfs- und Betriebsstoffe	5.289	4.217.839,48
2. Waren	12.163	11.170.826,20
	<b>17.452</b>	<b>15.388.665,68</b>
<b>II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	162.656	163.810.074,71
2. Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	40.560	49.804.008,36
3. Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2.403	2.012.962,54
4. sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	18.024	27.505.166,98
	<b>223.643</b>	<b>243.132.212,59</b>
<b>III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten</b>	<b>253.475</b>	<b>286.912.038,76</b>
	<b>494.570</b>	<b>545.432.917,03</b>
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>28.777</b>	<b>27.234.515,39</b>
	<b>1.533.203</b>	<b>1.582.895.779,00</b>



Anlage 1/2

Passiva	31.12.2009	31.12.2010
	TEUR	EUR
<b>A. Eigenkapital</b>		
I. Grundkapital	337.763	337.763.190,00
II. Kapitalrücklagen		
1. gebundene	12.237	12.236.810,00
2. nicht gebundene	118.300	118.299.759,74
III. Gewinnrücklagen		
1. gesetzliche Rücklage	35.000	35.000.000,00
2. andere Rücklagen (freie Rücklagen)	0	15.000.000,00
IV. Bilanzgewinn,		
davon Gewinnvortrag: EUR 4.430.130,23; Vorjahr: TEUR 2.924	120.759	149.361.639,94
	<b>624.059</b>	<b>667.661.399,68</b>
<b>B. Unversteuerte Rücklagen</b>		
1. Bewertungsreserve auf Grund von Sonderabschreibungen	12.705	16.355.828,12
<b>C. Rückstellungen</b>		
1. Rückstellungen für Abfertigungen	70.916	76.955.000,00
2. Steuerrückstellungen	32.318	22.952.000,00
3. sonstige Rückstellungen	532.820	512.096.120,00
	<b>636.054</b>	<b>612.003.120,00</b>
<b>D. Verbindlichkeiten</b>		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	12.780	9.740.748,25
2. erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	330	152.518,93
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	129.097	136.300.890,84
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	39.538	59.709.264,36
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.046	1.107.966,64
6. sonstige Verbindlichkeiten,	66.802	70.362.667,29
davon aus Steuern: EUR 16.486.919,82; Vorjahr: TEUR 29.279		
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 19.685.009,70;		
Vorjahr: TEUR 18.031		
	<b>249.594</b>	<b>277.374.056,31</b>
<b>E. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	10.791	9.501.374,89
	<b>1.533.203</b>	<b>1.582.895.779,00</b>
Sonstige vertragliche Haftungsverhältnisse	175.650	154.048.632,16



# GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2010

	2009 TEUR	2010 EUR
1. Umsatzerlöse	1.620.032	1.595.005.569,02
2. sonstige betriebliche Erträge		
a) Erträge aus dem Abgang vom Anlagevermögen mit Ausnahme der Finanzanlagen	23.926	23.063.660,25
b) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	9.643	1.141.731,80
c) übrige	49.438	48.944.325,70
3. Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Leistungen		
a) Materialaufwand	-78.978	-58.454.864,96
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-179.279	-208.050.029,35
4. Personalaufwand		
a) Gehälter	-773.978	-751.174.788,73
b) Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen	-12.206	-16.935.627,20
c) Aufwendungen für Altersversorgung	-153	-103.524,96
d) Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	-201.296	-199.037.643,51
e) Sonstige Sozialaufwendungen	-7.145	-7.536.335,75
5. Abschreibungen auf immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-64.740	-66.985.809,97
davon außerplanmäßige Abschreibungen auf das Anlagevermögen gemäß § 204 Abs.2 UGB: EUR 3.434.648,21; Vorjahr: TEUR 388		
6. sonstige betriebliche Aufwendungen		
a) Steuern, soweit nicht vom Einkommen und Ertrag	-5.997	-6.234.536,48
b) übrige	-205.201	-206.292.648,80
<b>7. Zwischensumme aus Z 1 bis 6 (Betriebsergebnis)</b>	<b>174.066</b>	<b>147.349.477,06</b>
8. Erträge aus Beteiligungen	9.601	35.329.905,19
davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 35.329.905,19; Vorjahr: TEUR 9.112		
9. Erträge aus anderen Wertpapieren des Finanzanlagevermögens	2.101	753.497,60
10. sonstige Zinserträge	5.150	5.036.432,87
davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 838.472,90; Vorjahr: TEUR 829		
11. Erträge aus dem Abgang von und der Zuschreibung zu Finanzanlagen	15.637	8.553,97
davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 7.053,97; Vorjahr: TEUR 14.312		
12. Aufwendungen aus Finanzanlagen	-44.696	-5.242.755,06
davon Abschreibungen: EUR 5.235.755,06; Vorjahr: TEUR 43.719 davon Aufwendungen aus verbundenen Unternehmen: EUR 5.235.755,06; Vorjahr: TEUR 23.700		
13. Zinsaufwendungen	-2.173	-1.894.679,53
davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 1.234.611,84; Vorjahr: TEUR 1.166		
<b>14. Zwischensumme aus Z 8 bis 13 (Finanzergebnis)</b>	<b>-14.380</b>	<b>33.990.955,04</b>
<b>15. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>159.686</b>	<b>181.340.432,10</b>
16. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-39.726	-32.757.630,23
<b>17. Jahresüberschuss</b>	<b>119.959</b>	<b>148.582.801,87</b>
18. Auflösung unverteuerter Rücklagen	560	140.499,99
19. Zuweisung zu unverteuerten Rücklagen	-2.684	-3.791.792,15
20. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	2.924	4.430.130,23
<b>21. Bilanzgewinn</b>	<b>120.759</b>	<b>149.361.639,94</b>



## **ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2010**

### **Inhaltsverzeichnis**

1. Grundsätzliche Ausführungen	7
2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	8
2.1. Allgemeine Angaben	8
2.2. Anlagevermögen	8
2.3. Umlaufvermögen	9
2.4. Rückstellungen	10
2.5. Verbindlichkeiten	10
2.6. Steuerliche Verhältnisse	11
3. Erläuterungen zur Bilanz	12
3.1. Anlagevermögen	12
3.2. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	14
3.3. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	14
3.4. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	14
3.5. Eigenkapital	15
3.6. Unversteuerte Rücklagen	15
3.7. Rückstellungen	16
3.8. Verbindlichkeiten	17
3.9. Passive Rechnungsabgrenzungsposten	17
3.10. Sonstige Angaben	17
4. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	21
4.1. Umsatzerlöse	21
4.2. Sonstige betriebliche Erträge	21
4.3. Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Leistungen	21
4.4. Personalaufwand	21
4.5. Aufwendungen für Abfertigungen und für Altersversorgung	22
4.6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	22
4.7. Erträge aus Beteiligungen	23
4.8. Aufwendungen aus Finanzanlagen	23
4.9. Steuern vom Einkommen	24
5. Risikomanagement	25
6. Mitglieder des Vorstands und Aufsichtsrats	27
Bestätigungsvermerk	29



## Anlage 3

### 1. Grundsätzliche Ausführungen

Die Österreichische Post AG und ihre Tochtergesellschaften sind Dienstleistungsunternehmen im Bereich der Postbeförderung. Zu den Hauptgeschäftsbereichen der Österreichischen Post AG zählen die Erbringung von Leistungen des Brief- und Paketdienstes sowie die Abwicklung von Finanzgeschäften in Kooperation mit der BAWAG P.S.K.

Der Sitz der Österreichischen Post AG befindet sich in Wien, Österreich. Die Anschrift lautet: Österreichische Post AG, Postgasse 8, 1010 Wien. Die Gesellschaft ist in das Firmenbuch beim Handelsgericht Wien (FN 180219d) eingetragen.

Die Österreichische Post AG ist ein konsolidierungspflichtiges Mutterunternehmen im Sinne des § 244 UGB und stellt gemäß § 245a Abs.1 UGB ihren Konzernabschluss nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) auf.



## 2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

### 2.1. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss zum 31.12.2010 wurde nach den Rechnungslegungsvorschriften des österreichischen Unternehmensgesetzbuches (UGB) in der geltenden Fassung, unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung sowie der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens zu vermitteln, aufgestellt.

Der Jahresabschluss wurde in Euro aufgestellt. Alle Beträge sind, sofern nichts anderes angeführt ist, in tausend Euro (TEUR) angegeben. Bei Summierung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben können durch Verwendung automatisierter Rechenhilfen rundungsbedingte Rechendifferenzen auftreten.

Für die Erstellung des Jahresabschlusses wurde der Grundsatz der Vollständigkeit eingehalten. Bei der Bewertung wurde der Grundsatz der Einzelbewertung beachtet und eine Fortführung des Unternehmens unterstellt.

Dem Vorsichtsprinzip wurde Rechnung getragen, indem nur die am Abschlussstichtag verwirklichten Gewinne ausgewiesen wurden. Alle erkennbaren Risiken und drohenden Verluste wurden berücksichtigt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

### 2.2. Anlagevermögen

**Immaterielle Vermögensgegenstände** und **Sachanlagen** werden mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt. Außerplanmäßige Abschreibungen werden bei voraussichtlich dauernder Wertminderung durchgeführt.

Die planmäßigen Abschreibungen werden linear unter Zugrundelegung folgender Nutzungsdauern und Abschreibungssätze berechnet:

	Nutzungsdauer in Jahren	Abschreibungssatz in %
Immaterielle Vermögensgegenstände	3-10	10-33
Gebäude	20-50	2-5
Grundstückseinrichtungen	10	10
Technische Anlagen und Maschinen	8-10	10-12,5
Werkzeuge, Mess- und Prüfgeräte	5	20
Büromaschinen	5-8	12,5-20
EDVGroßrechner/Netzwerkkomponenten	5	20
EDV- Arbeitsplatzausstattung	3-4	25-33,3
Alarmanlagen	5	20
Büroeinrichtung und Schaltermöbel	12	8,33
Sozialeinrichtungen	8	12,5
Depotbriefkästen	10	10
Briefkästen	20	5
Fuhrpark	4-10	10-25





### Anlage 3

Für Zugänge des 1. Halbjahres wird die volle Jahresabschreibung, für Zugänge des 2. Halbjahres die halbe Jahresabschreibung angesetzt.

**Geringwertige Vermögensgegenstände** gemäß § 13 EStG werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben. In der Entwicklung des Anlagevermögens werden sie als Zu- und Abgang sowie Abschreibung des Geschäftsjahres ausgewiesen.

**Finanzanlagen** werden zu Anschaffungskosten bewertet. Außerplanmäßige Abschreibungen werden vorgenommen, wenn der beizulegende Wert zum Abschlussstichtag niedriger ist und die Wertminderungen voraussichtlich von Dauer sind.

**Ausleihungen** werden zu Anschaffungskosten bewertet. Sofern sie unverzinslich sind, werden sie mit dem am Bilanzstichtag geltenden Zinssatz abgezinst und mit dem Barwert angesetzt.

#### 2.3. Umlaufvermögen

Die Bewertung der **Vorräte** erfolgt zu Anschaffungs- und Herstellungskosten unter Beachtung des Niederstwertprinzips. Die Bestandswertermittlung wird in einem ersten Schritt nach dem gleitenden Durchschnittspreisverfahren durchgeführt. Der zweite Schritt der Bewertung umfasst eine gegebenenfalls erforderliche Abwertung auf einen zum Bilanzstichtag unter dem Durchschnittspreis liegenden niedrigeren Einkaufspreis. Der letzte Bewertungsschritt berücksichtigt die Gängigkeit der Vorräte. Nach Maßgabe der Umschlaghäufigkeit<sup>1</sup> werden, wenn nötig, vom Bestandswert entsprechende Abschläge (bis 100%) vorgenommen.

**Forderungen** und **sonstige Vermögensgegenstände** werden mit dem Nennwert bewertet, soweit nicht im Fall erkennbarer Einzelrisiken, der niedrigere beizulegende Wert angesetzt wird. Zur Berücksichtigung allgemeiner Kreditrisiken bestehen pauschal ermittelte Wertberichtigungen. Soweit erforderlich, wird eine spätere Fälligkeit von Forderungen durch Abzinsung berücksichtigt.

Die **liquiden Mittel** sind zum Nennwert angesetzt.

**Fremdwährungsforderungen** gegenüber Drittländern werden mit dem Entstehungskurs oder mit dem niedrigeren Devisenkurs des Bilanzstichtages angesetzt. Die Forderungen aus dem internationalen Postverkehr werden großteils in Euro bzw. mit Drittländern in Sonderziehungsrechten abgerechnet. Die Bewertung der Sonderziehungsrechte erfolgt zum Referenzkurs des International Monetary Fund zum Bilanzstichtag.

---

<sup>1</sup> Die Umschlaghäufigkeit errechnet sich, indem man den durchschnittlichen Jahresverbrauch durch den durchschnittlichen Ist-Bestand dividiert.



## 2.4. Rückstellungen

**Rückstellungen für Abfertigungen** werden für gesetzliche und vertragliche Ansprüche von Angestellten gebildet. Die Berechnung erfolgt nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Zugrundelegung der Vorschriften der International Financial Reporting Standards (IAS 19). Die Bewertung erfolgt nach der Projected Unit Credit Method unter Zugrundelegung eines gesetzlichen Pensionsantrittsalters von 55 bis maximal 65 Jahren für weibliche und von 60 bis maximal 65 Jahren für männliche Angestellte und unter Berücksichtigung der Übergangsbestimmungen gemäß Pensionsharmonisierungsgesetz 2003 und schrittweiser Anhebung des Regelpensionsalters für Frauen. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste werden erfolgswirksam erfasst. Für Beamte wurde keine Abfertigungsrückstellung gebildet.

Folgende Parameter wurden zugrunde gelegt:

	2009	2010
Rechnungszinssatz	5,0%	4,5%
Gehaltssteigerung	4,0%	4,0%
Fluktuationsabschlag	gestaffelt 2-8%	gestaffelt 2-8%

Für Dienstnehmer, deren Dienstverhältnisse nach dem 31. Dezember 2002 begonnen haben, werden die Abfertigungspflichten durch die laufende Entrichtung der Beiträge an eine Mitarbeitervorsorgekasse abgegolten.

Rückstellungen für den Abfertigungen ähnliche Verpflichtungen werden für **Jubiläumsgelder** gebildet. Die Berechnung erfolgt analog dem Verfahren für die Abfertigungsrückstellung unter Zugrundelegung der gleichen Parameter.

Die **übrigen Rückstellungen** werden in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme gebildet und berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und der Höhe nach noch nicht feststehende Verbindlichkeiten. Sie umfassen im Wesentlichen Vorsorgen für Personal, für noch nicht konsumierte Urlaube, Unterauslastungen, im Umlauf befindliche Postwertzeichen und aufgelieferte, jedoch noch nicht zugestellte Brief- und Paketsendungen, Abgeltungsverpflichtungen für Personalanpassungsmaßnahmen und sonstige ungewisse Verbindlichkeiten.

Die **Rückstellung für Unterauslastung** wird für künftige Personalaufwendungen für Mitarbeiter gebildet, die unkündbar sind (vor allem Beamte) und im Unternehmen nicht mehr oder nur mehr zum Teil zur Leistungserbringung eingesetzt werden können. Die Rückstellung wurde unter Anwendung eines einheitlichen durchschnittlichen Unterauslastungsgrades unter Berücksichtigung eines Fluktuationsabschlages ermittelt.

Weiters wird in der Rückstellung für Unterauslastung für jene Mitarbeiter vorgesorgt, die sich in einem Verfahren zur Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit befinden. Zusätzlich wurde für die Übernahme von Mitarbeitern der Österreichischen Post AG in die Bundesministerien für Inneres, Finanzen und Justiz hinsichtlich deren Gehaltsaufwand bis zum Ende des Refundierungszeitraumes eine Vorsorge gebildet.

Der Berechnung der Rückstellung für Unterauslastung wurden Gehaltssteigerungen von 4,0% und ein Abzinsungssatz von 4,5% (Vorjahr: 5,0%) zugrunde gelegt.

## 2.5. Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Rückzahlungsbetrag unter Bedachtnahme auf den Grundsatz der Vorsicht angesetzt. Fremdwährungsverbindlichkeiten gegenüber Drittländern werden mit ihrem Entstehungskurs oder mit dem höheren Devisenbriefkurs zum Bilanzstichtag bewertet. Verbindlichkeiten aus dem internationalen Postverkehr werden großteils in Euro bzw. mit Drittländern in Sonderziehungsrechten abgerechnet. Die Bewertung der Sonderziehungsrechte erfolgt zum Bilanzstichtag mit dem Referenzkurs des International Monetary Fund.

## 2.6. Steuerliche Verhältnisse

### Umsatzsteuer

Für alle Postdienstleistungen (Briefe, Pakete und EMS-Sendungen) gelten ab 1. Jänner 2010 die Bestimmungen der Richtlinie 2008/8/EG vom 12. Februar 2008 bezüglich des Ortes der Dienstleistung. Für Dienstleistungen, die an unternehmerische Leistungsempfänger erbracht werden, gilt generell das Empfängerortprinzip, für Dienstleistungen an nichtunternehmerische Leistungsempfänger kommt das Unternehmensortprinzip zur Anwendung (§ 3a Abs.6 bzw. Abs.7 UStG).

Die Berücksichtigung der Erkenntnisse aus der EuGH-Entscheidung vom 23. April 2009, Rechtsache C-357/07 und der geänderten postrechtlichen Bestimmungen im Postmarktgesetz hatte zur Folge, dass die Beförderung von EMS-Sendungen sowie von Paketen über 20 kg ab 1. Juli 2010 nicht mehr zu den steuerfreien Universaldienstleistungen gehört.

Die Österreichische Post AG ist ein Unternehmen, das neben Umsätzen, die zum Ausschluss vom Vorsteuerabzug führen, auch solche Umsätze bewirkt, bei denen ein solcher Ausschluss nicht gegeben ist.

Steuerfreie Umsätze der Österreichischen Post AG, die den Vorsteuerabzug ausschließen, sind vor allem die unmittelbar dem Postwesen dienenden Umsätze (§ 6 Abs.1 Z.10b UStG) aus dem Brief- und Paketdienst sowie jene aus der Vermittlung von Bankdienstleistungen (§ 6 Abs.1 Z.8 UStG).

Soweit Vorsteuerbeträge nicht direkt zu Umsätzen, die zum Vorsteuerabzug berechtigen oder zu Umsätzen, bei denen dieser ausgeschlossen ist, zuordenbar sind, erfolgt der Vorsteuerabzug im Verhältnis der zum Vorsteuerabzug berechtigenden, steuerpflichtigen Umsätze zu den übrigen Umsätzen. Dieses Verhältnis wird in Form eines Prozentsatzes, des sogenannten Pro-Rata-Satzes, angegeben.

### Steuern vom Einkommen

Die Österreichische Post AG als Gruppenträger bildet mit mehreren Tochtergesellschaften eine Unternehmensgruppe i.S.d. § 9 KStG. Das Vorliegen einer Unternehmensgruppe bewirkt, dass die steuerlichen Ergebnisse (Gewinne und Verluste) der Gruppenmitglieder dem Gruppenträger – Österreichische Post AG – zugerechnet werden. Eine unternehmensrechtliche Zuweisung der Ergebnisse erfolgt nicht.

Innerhalb der Unternehmensgruppe erfolgt ein Ausgleich der steuerlichen Mehr- oder Minderbelastung des Gruppenträgers durch die Verrechnung positiver oder negativer Steuerumlagen. Positive Steuerumlagen sind Ausgleichszahlungen der Gruppenmitglieder an den Gruppenträger aufgrund der Überrechnung der positiven Ergebnisse. Negative Steuerumlagen sind als Ausgleich für die Überrechnung negativer Ergebnisse von Gruppenmitgliedern an den Gruppenträger von der Österreichischen Post AG zu leisten.



## Anlage 3

### 3. Erläuterungen zur Bilanz

#### 3.1. Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens und die Aufgliederung der Jahresabschreibung sind im Anlagespiegel (Beilage A) dargestellt.

In den Sachanlagen ist bei den Grundstücken der Österreichischen Post AG ein Grundwert von TEUR 74.023 (31.12.2009 TEUR 74.870) enthalten.

Im Geschäftsjahr 2010 wurden außerplanmäßige Abschreibungen des Sachanlagevermögens in Höhe von TEUR 3.435 (2009: TEUR 388) und des Finanzanlagevermögens in Höhe von TEUR 5.236 (2009: TEUR 43.719) vorgenommen. Die außerplanmäßige Abschreibung des Finanzanlagevermögens in Höhe von TEUR 5.236 betrifft zur Gänze die Beteiligung an der Post drei Beteiligungs GmbH.

Da die Emittenten der im Finanzanlagevermögen ausgewiesenen Schuldinstrumente weiterhin ein gutes Bonitätsrating aufweisen und die Kursrückgänge nicht auf finanzielle Schwierigkeiten der Emittenten, sowie auf Verringerung zukünftiger Cashflows oder auf Ausfälle von Zins- und Tilgungszahlungen schließen lassen, ist eine dauerhafte Wertminderung nicht anzunehmen. Außerplanmäßige Abschreibungen gemäß § 204 Abs.2 zweiter Satz UGB unterbleiben daher. Der Buchwert der im Finanzanlagevermögen ausgewiesenen Schuldinstrumente beträgt TEUR 50.406; der beizulegende Zeitwert beläuft sich auf TEUR 47.974.



Anlage 3

**Beteiligungen der Österreichischen Post AG**

Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil	Eigenkapital	Jahres-
	zum	zum	ergebnis
	31.12.2010	31.12.2010	2010
	%	TEUR	TEUR
<b>Anteile an verbundenen Unternehmen</b>			
Post Paket Service GmbH, Wien	100	42.667	12.130
Post & Co Vermietungs OG, Wien	100	150.412	3.840
Medien.Zustell Ges.m.b.H., Wien**)	100	322	121
Post.Maintain Mangement Objektverwaltungs- u. Instandhaltungs Ges.m.b.H., Wien**)	100	15.699	2.734
A4B Business Solutions Ges.m.b.H., Wien**)	100	177	125
Post.Wertlogistik Ges.m.b.H., Wien	100	3.920	593
Post Immobilien GmbH, Wien**)	100	1.709	74
feibra Ges.m.b.H., Wien**)	100	17.683	7.182
feibra Magyarorszáig Kft, Budapest***)	100	3.336	455
Post International Beteiligungs GmbH, Wien**)	100	45.263	500
Austrian Post International Deutschland GmbH, Köln***)***)	100	2.616	1.548
KOLOS s.r.o., Bratislava***)	100	240	24
Weber Escal d.o.o., Zagreb***)	100	2.325	554
Post eins Beteiligungs GmbH, Wien	100	120.025	4
Post drei Beteiligungs GmbH, Wien	100	39.914	-5.231
<b>Beteiligungen an assoziierten Unternehmen</b>			
Omnimedia Werbegesellschaft mbH, Wien*)	21	4.077	792
<b>Sonstige Beteiligungen</b>			
OMNITEC Informationstechnologie-Systemservice GmbH, Wien	50	356	17

\*) Jahresabschluss zum 30.06.2010

\*\*) Unternehmensgruppe i.S.d. § 9 KStG

\*\*\*) gemäß IFRS-Reportingpackage zum 31. Dezember 2010

Der Beteiligungsansatz der Post International Beteiligungs GmbH erhöhte sich aufgrund eines Großmutterzuschusses an die Overseas Trade Co Ltd.d.o.o. um TEUR 8.156.

Weiters wurden nicht rückzahlbare Zuschüsse in Höhe von insgesamt TEUR 4.407 an Post drei Beteiligungs GmbH geleistet. Im Wesentlichen betrifft dies: Post vier Beteiligungs GmbH (TEUR 2.462 für Anteilskauf Electronic Bill Presentment and Payment GmbH (EBPP), TEUR 1.500 für ein Joint Venture Projekt und TEUR 300 für die Gründung der Post d.o.o.).

Der Buchwert der Anteile im Zusammenhang mit der BAWAG P.S.K. Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische Postsparkasse AG beträgt unverändert zum Vorjahr TEUR 36.400 (31.12.2009: TEUR 36.400).

Insgesamt wurden Ausleihungen in Höhe von TEUR 55.676 (31.12.2009: TEUR 11.777) an Post fünf Beteiligungs GmbH vergeben. Die Ausleihungen sind zur Gänze langfristige.



Anlage 3

### 3.2. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

TEUR	31.12.2009		31.12.2010	
	bis 1 Jahr	über 1 Jahr	bis 1 Jahr	über 1 Jahr
mit einer Restlaufzeit von				
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	162.656	0	163.810	0
Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	17.355	23.205	42.464	7.340
Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2.403	0	2.013	
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	15.667	2.357	21.427	6.078
	<b>198.080</b>	<b>25.562</b>	<b>229.714</b>	<b>13.418</b>

In den Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen sind Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von TEUR 1.029 (31.12.2009: TEUR 3.970) und sonstige Forderungen in Höhe von TEUR 48.775 (31.12.2009: TEUR 36.590) enthalten.

Die sonstigen Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen entfallen mit TEUR 2.353 (31.12.2009: TEUR 2.344) auf Steuerumlagen, mit TEUR 36.450 (31.12.2009: TEUR 9.112) auf Gewinnausschüttungen bzw. Ergebnisübernahmen sowie mit TEUR 9.972 (31.12.2009: TEUR 25.134) auf sonstige Verrechnungen und Finanzierungen.

Zum Jahresende wurden pauschal ermittelte Wertberichtigungen zu Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von TEUR 818 (31.12.2009: TEUR 850) vorgenommen. Die Ermittlung der pauschalen Wertberichtigungen wird im mehrjährigen Jahresrhythmus an den tatsächlichen Schadensverlauf angepasst.

In den sonstigen Forderungen sind Ertragszinsen in Höhe von TEUR 680 (31.12.2009: TEUR 446) sowie sonstige übrige Erträge in Höhe von TEUR 11.028 (31.12.2009: TEUR 4.332) enthalten, die erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam werden.

### 3.3. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten

TEUR	31.12.2009	31.12.2010
Guthaben bei Kreditinstituten	4.361	1.305
Termingelder	247.000	283.500
Kassenbestände	2.114	2.107
	<b>253.475</b>	<b>286.912</b>

### 3.4. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Aktive Rechnungsabgrenzungen wurden in Höhe von TEUR 27.235 (31.12.2009: TEUR 28.777) gebildet; davon entfallen TEUR 17.948 (31.12.2009: TEUR 18.586) auf vorausbezahlte Bezüge an Mitarbeiter und TEUR 7.659 (31.12.2009: TEUR 8.870) auf Mietzinsvorauszahlungen.



Anlage 3

### 3.5. Eigenkapital

Das Grundkapital der Österreichischen Post AG beträgt TEUR 337.763. Es ist in 67,6 Mio auf Inhaber lautende stimm- und gewinnberechtigte Aktien geteilt. Hauptaktionärin der Österreichischen Post AG ist mit einem Anteil von 52,8% die Österreichische Industrieholding AG, Wien.

Im Geschäftsjahr 2006 wurde der Vorstand in einer außerordentlichen Hauptversammlung gemäß § 174 Abs.2 AktG ermächtigt, innerhalb von fünf Jahren Wandelschuldverschreibungen, mit denen ein Umtauschrecht auf bis zu 35 Mio Stück Stammaktien der Gesellschaft im Gesamtbetrag von bis zu 175 Mio EUR verbunden ist, auszugeben. Weiters wurde der Vorstand ermächtigt eine bedingte Kapitalerhöhung des Grundkapitals um bis zu 175 Mio EUR durch Ausgabe von bis zu 35 Mio Stück neue auf Inhaber lautende Stückaktien zur Gewährung von Umtauschrechten an die Gläubiger der Wandelschuldverschreibungen durchzuführen.

Im Rahmen der am 22. April 2008 abgehaltenen Hauptversammlung wurde der Vorstand ermächtigt, während einer Geltungsdauer von 18 Monaten eigene Aktien im Ausmaß von 10% des Grundkapitals nach den Bestimmungen des Aktiengesetzes und des Börsengesetzes gemäß § 65 Abs.1 Z.8 AktG zu erwerben und zum Zwecke der Kapitalherabsetzung durch Einziehung von Aktien gemäß § 192 AktG einzuziehen. Das Aktienrückkaufprogramm, begonnen am 19.08.2008, wurde am 31.12.2008 abgeschlossen. Alle eigenen Aktien (2.447.362 Stk.) wurden am 24.4.2009 eingezogen und damit das Grundkapital herabgesetzt. In der Höhe des Nennwerts der eigenen Anteile wurde eine gebundene Kapitalrücklage eingestellt.

Die nicht gebundene Kapitalrücklage beträgt zum 31.12.2010 TEUR 118.300 (31.12.2009: TEUR 118.300).

Die gesetzliche Gewinnrücklage beträgt zum Bilanzstichtag TEUR 35.000 (31.12.2009: TEUR 35.000). Weiters wurde gemäß Gewinnverwendungsbeschluss der Hauptversammlung vom 22.4.2010 eine freie Gewinnrücklage in Höhe von TEUR 15.000 durch Umgliederung aus dem Gewinnvortrag gebildet.

### 3.6. Unversteuerte Rücklagen

Die Bewertungsreserven aufgrund von Sonderabschreibungen gliedern sich wie folgt:

TEUR	01.01.2010	Auflösung	31.12.2010
<b>Übertragung stiller Reserven gem. § 12 Abs.1 EStG</b>			
Grundstücke und Gebäude	9.685	36	9.650
Betriebs- und Geschäftsausstattung	18	5	13
Fahrzeuge	317	96	221
	<b>10.020</b>	<b>137</b>	<b>9.884</b>

Die Rechtsgrundlage für die Zuweisung zu Bewertungsreserven aufgrund von Sonderabschreibungen stellt die mit dem Konjunkturpaket 2009 geschaffene Begünstigung einer vorzeitigen Abschreibung für körperliche Anlagegüter im Sinne des § 7a EStG dar. Der Anwendungszeitraum ist auf Anschaffungen, die in den Jahren 2009 und 2010 getätigt werden, begrenzt.

TEUR	01.01.2010	Auflösung	Zuweisung	31.12.2010
<b>Vorzeitige Abschreibung gem. § 7 a EStG</b>				
Technische Anlagen und Maschinen	251	3	163	411
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.073	0	915	1.987
Fahrzeuge	1.304	0	2.714	4.018
Betriebsanlagen in Bau	57	0	0	57
	<b>2.684</b>	<b>3</b>	<b>3.792</b>	<b>6.472</b>



### 3.7. Rückstellungen

Die Rückstellungen setzen sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

TEUR	01.01.2010	Umgl.	Verbrauch	Auflösung	Zuweisung	31.12.2010
<b>Abfertigungen</b>	<b>70.916</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>6.039</b>	<b>76.955</b>
<b>Steuern</b>	<b>32.318</b>	<b>0</b>	<b>10.038</b>	<b>0</b>	<b>672</b>	<b>22.952</b>
Jubiläumsgelder	90.977	0	2.497	0	4.518	92.998
<b>Noch nicht konsumierte</b>						
Urlaube	45.511	0	19.482	0	18.044	44.073
Betriebsvereinbarung	45.080	0	34.441	196	21.024	31.467
<b>Noch nicht erbrachte</b>						
Leistungen	21.223	0	21.223	0	21.815	21.815
Sonstige Personalkosten	30.929	0	26.603	2.957	50.660	52.029
<b>Ausstehende</b>						
Eingangsrechnungen	10.907	0	10.318	488	15.757	15.858
<b>Vorsorge für</b>						
Unterauslastung	263.213	-12.013	15.773	39.424	30.963	226.966
Abgeltungsverpflichtung	10.044	0	1.177	1.772	713	7.808
<b>Übrige sonstige</b>						
Aufwendungen	14.936	0	3.727	793	8.667	19.083
<b>Sonstige</b>						
<b>Rückstellungen</b>	<b>532.820</b>	<b>-12.013</b>	<b>135.241</b>	<b>45.630</b>	<b>172.161</b>	<b>512.097</b>
<b>Rückstellungen gesamt</b>	<b>636.054</b>	<b>-12.013</b>	<b>145.279</b>	<b>45.630</b>	<b>178.872</b>	<b>612.004</b>

In der Rückstellung für sonstige Personalkosten ist eine Rückstellung für Restrukturierung der Division Filialnetz in Höhe von 18.000 TEUR enthalten.

Die Umgliederung im Geschäftsjahr 2010 in Höhe von 12.013 TEUR betrifft eine Umgliederung in die Verbindlichkeiten für jene Mitarbeiter, die bereits endgültig vom Bundesministerium für Inneres übernommen wurden.

Von den Auflösungen der Rückstellungen wurden TEUR 44.489 im Personalaufwand verrechnet.





Anlage 3

**3.8. Verbindlichkeiten**

TEUR	31.12.2009			
	bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
mit einer Restlaufzeit von				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.123	2.907	6.750	12.780
erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	330	0	0	330
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	129.053	45	0	129.098
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	39.538	0	0	39.538
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.046	0	0	1.046
sonstige Verbindlichkeiten	62.752	2.850	1.200	66.802
	<b>235.842</b>	<b>5.802</b>	<b>7.950</b>	<b>249.594</b>

TEUR	31.12.2010			
	bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
mit einer Restlaufzeit von				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.991	0	6.750	9.741
erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	153	0	0	153
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	136.301	0	0	136.301
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	59.709	0	0	59.709
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.108	0	0	1.108
sonstige Verbindlichkeiten	54.446	14.725	1.192	70.363
	<b>254.707</b>	<b>14.725</b>	<b>7.942</b>	<b>277.374</b>

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen resultieren aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von TEUR 4.949 (31.12.2009: TEUR 3.743), aus Steuerumlagen in Höhe von TEUR 400 (31.12.2009: TEUR 212) und sonstigen Verrechnungen mit TEUR 54.360 (31.12.2009: TEUR 35.583).

In den sonstigen Verbindlichkeiten sind Personalaufwendungen in Höhe von TEUR 50.590 (31.12.2009: TEUR 46.174) und sonstige übrige Aufwendungen in Höhe von TEUR 5.425 (31.12.2009: TEUR 1.227) enthalten, die erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam werden.

**3.9. Passive Rechnungsabgrenzungsposten**

Passive Rechnungsabgrenzungen wurden in der Höhe von insgesamt TEUR 9.501 (31.12.2009: TEUR 10.791) gebildet; davon entfallen TEUR 5.285 (31.12.2009: TEUR 5.766) auf den Nettobarwertvorteil aus dem Cross Border Leasing.

**3.10. Sonstige Angaben**

**Haftungsverhältnisse**

**Cross Border Leasing**

Im Geschäftsjahr 2002 hat die Österreichische Post AG mit zwei US-Trusts eine Cross Border Leasing-Transaktion abgeschlossen. Die Österreichische Post AG hat diesen beiden Trusts auf 99 Jahre ein Fruchtgenussrecht an Postsortieranlagen in Wien, Graz, Salzburg und Innsbruck gegen Leistung eines „Grant Payments“ von 117 Mio USD eingeräumt. Gleichzeitig wurde ein Lease Agreement abgeschlossen, in dem die Österreichische Post AG auf 24 Jahre das Nutzungsrecht an diesen Anlagen wieder zurückgemietet hat. Die als Sicherheiten verpfändeten Sachanlagen weisen einen Buchwert von TEUR 14.422 (31.12.2009: TEUR 20.834) auf. In diesem Lease Agreement wurde der Österreichischen Post AG auch das Recht eingeräumt, das Fruchtgenussrecht an den Postsortieranlagen entweder mit 1. Jänner 2022 zu einem Fixpreis („EBO Payment



Anlage 3

Amount“) oder am Ende des Leasingvertrages zum Verkehrswert, mindestens jedoch zum „End of Term Purchase Option Price“ zurückzukaufen.

Die Österreichische Post AG hat ihre Verpflichtung zur Zahlung der Leasingraten einschließlich eines allfälligen EBO Payment an zwei Payment Undertaker ausgelagert. Zu diesem Zweck hat die Österreichische Post AG Zahlungen an die Payment Undertaker geleistet (Mio USD 108,3) und die entsprechende Verbindlichkeit ausgebucht. Die Payment Undertaker haben sich ihrerseits verpflichtet, die entsprechenden Beträge zu den festgesetzten Zahlungsterminen für die Österreichische Post AG zu leisten. Bei der Österreichischen Post AG verbleibt das Restrisiko einer möglichen Inanspruchnahme im Falle einer Insolvenz der Payment Undertaker. Die aufgrund der in Vorjahren erfolgten Abstufung des Ratings eines Payment Undertakers erforderliche zusätzliche Besicherung durch Wertpapiere wurde hinterlegt.

Zum Bilanzstichtag stellt sich das Rating der beiden Payment Undertaker wie folgt dar:

	31.12.2009	31.12.2010
Standard & Poor's	A+(Stable) bzw. AA-(Negative)	A+(Positive) bzw. AA-(Negative)
Moody's	A1(Negative) bzw. Aa3 (Stable)	A1(Stable) bzw. Aa3 (Stable)

Zum 31. Dezember 2010 beläuft sich der von den Payment Undertakern zu leistende Betrag auf TEUR 84.866 (31.12.2009: TEUR 79.138).

Der aus dieser Transaktion der Österreichischen Post AG zugeflossene Nettobarwertvorteil wird unter den passiven Rechnungsabgrenzungsposten (31.12.2010: TEUR 5.285; 31.12.2009: TEUR 5.766) ausgewiesen und verteilt über die Vertragslaufzeit ertragswirksam aufgelöst.

**Patronatserklärungen**

Mit 26. Jänner 2007 hat die Österreichische Post AG für ein Darlehen der Post fünf Beteiligungs GmbH über TEUR 95.926 an die trans-o-flex Schnell-Lieferdienst GmbH & Co. KG die Haftung für die rechtzeitige Rückzahlung übernommen. 2009 wurde dieses Darlehen um TEUR 50.000 auf TEUR 45.926 reduziert.

Für Rahmenkredite der Firma MEILLERGHP GmbH, Schwandorf, Deutschland, in Höhe von Mio CZK 200 (aushaftender Betrag zum 31.12.2010: TEUR 7.981) bei der Dresdner Bank AG, München, hat die Österreichische Post AG per 31. Juli 2007 ebenfalls die Haftung für die rechtzeitige Rückzahlung übernommen.

Im Jahr 2009 wurden Haftungen für trans-o-flex ThermoMed GmbH & Co KG in Höhe von TEUR 6.000 (aushaftender Betrag am 31.12.2010: TEUR 3.315), für meiller direct GmbH in Höhe von TEUR 4.000 (aushaftender Betrag am 31.12.2010: TEUR 3.000), für trans-o-flex Belgium B.V.B.A. in Höhe von TEUR 3.444 (aushaftender Betrag am 31.12.2010: TEUR 1.964) übernommen.

Im Geschäftsjahr 2010 wurden Haftungen für MEILLERGHP GmbH in Höhe von TEUR 4.400 (aushaftender Betrag am 31.12.2010: TEUR 3.375), für trans-o-flex Belgium B.V.B.A. in Höhe von TEUR 3.800 (aushaftender Betrag am 31.12.2010: TEUR 2.486) und für Scanpoint Europe Holding GmbH in Höhe von TEUR 1.000 (aushaftender Betrag am 31.12.2010: TEUR 1.000) übernommen.

Weiters bestehen sonstige Haftungsverhältnisse gegenüber verbundenen Unternehmen mit einem Betrag von TEUR 340 (aushaftender Betrag zum 31.12.2010: TEUR 137).



Anlage 3

**Sonstige finanzielle Verpflichtungen**

TEUR	31.12.2009	31.12.2010
Bestellverpflichtungen für Investitionen	1.002	4.986
Verpflichtungen aus der Nutzung von in der Bilanz nicht ausgewiesenen Sachanlagen		
im folgenden Geschäftsjahr	44.201	45.232
davon gegenüber verbundenen Unternehmen	8.074	8.905
in den folgenden fünf Jahren (statistisch hochgerechnet)	211.713	226.818
davon gegenüber verbundenen Unternehmen	40.369	44.527

**Derivative Finanzinstrumente**

Die Österreichische Post AG hat einen Zins-Swap zur Verminderung des Zinsänderungsrisikos von festverzinslichen Wertpapieren abgeschlossen. Die festen Zinssätze lagen im Geschäftsjahr 2010 zwischen 2,998 % und 3,768 % (2009: zwischen 1,516 % und 4,948 %). Die variablen Zinssätze sind an verschiedene Interbankensätze gebunden.

Die durchschnittlichen variablen Zinssätze, die während der Laufzeit der Swap-Vereinbarung wesentlichen Änderungen unterliegen können, entsprechen den am Bilanzstichtag gültigen Zinssätzen. Der Marktwert für den Zins-Swap entspricht jenem Wert, den die Österreichische Post AG bei Auflösung des Geschäftes am Bilanzstichtag erhalten würde oder zahlen müsste. Hierzu werden die gegenwärtigen Marktverhältnisse sowie das aktuelle Zinsniveau und die Bonität der Swap-Partner berücksichtigt:

TEUR	31.12.2009	31.12.2010
Nominale	5.000	5.000
Marktwert	336	290
durchschnittlich empfangener Zinssatz	4,679 %	3,593 %
durchschnittlich zu zahlender Zinssatz	2,999 %	1,519 %
durchschnittliche Restlaufzeit in Jahren	9,8	8,8

**Aktienbasierte Vergütungsprogramme**

Der Aufsichtsrat der Österreichischen Post AG hat im Dezember 2009 die Einführung eines aktienbasierten Vergütungsprogramms für die Periode 2010 bis 2012 beschlossen. Teilnahmeberechtigt sind Vorstandsmitglieder und ein bestimmter Kreis von Führungskräften, soweit sie nach vorgegebenen Richtlinien eine bestimmte Anzahl an Aktien der Österreichischen Post AG erwerben und dieses Eigeninvestment bis zum Ende des nächstfolgenden Jahres nach Ablauf des Performancezeitraums ununterbrochen halten (31.12.2013). Von den Vorstandsmitgliedern nehmen die Herren Dipl.-Ing. Dr. Georg Pölzl, Mag. Dr. Rudolf Jettmar, Dipl.-Ing. Dr. Herbert Götz und Dipl.-Ing. Walter Hitziger teil.

Die Anzahl der für das Eigeninvestment nötigen Aktien der Österreichischen Post AG bei Programmbeginn richtet sich für die Mitglieder des Vorstands nach einem prozentuellen Ausmaß des Bruttofixgehaltes 2009 dividiert durch den Referenzkurs des vierten Quartals 2009 und beträgt zum 31. Dezember 2010 insgesamt 46.306 Aktien. Das Eigeninvestment leitender Führungskräfte wurde in Abhängigkeit von festgelegten Teilnehmerkreisen festgelegt und beträgt zum 31. Dezember 2010 insgesamt 57.000 Aktien der Österreichischen Post AG.

Am Anspruchstag werden den Teilnehmern Bonusaktien gewährt. Die Zahl der Bonusaktien hängt vom Ausmaß der Erreichung der im Voraus definierten Leistungskriterien ab. Zu Beginn des Programms wurden Zielwerte für Schlüsselindikatoren festgelegt. Die maßgeblichen Indikatoren sind Earnings per Share (EPS), Free Cash Flow und Total Shareholder Return (TSR), wobei die Teilziele gleich gewichtet sind. Die Zielerreichung wird über den dreijährigen Beobachtungszeitraum ermittelt.

Die Gesamtbonifikation richtet sich nach der Gesamtzielerreichung aus obigen Parametern sowie der Kursentwicklung. Die Gesamtbonifikation nach drei Jahren ist mit 175 % jener Bonifikation gedeckelt und mit 25 % als Minimum jener Bonifikation begrenzt, die bei 100 % Gesamtzielerreichung vorgesehen ist.



### Anlage 3

Die Bonifikation kann in Aktien oder in bar erfolgen. Zum 31.12.2010 ergibt sich daraus ein rechnerischer Zeitwert von TEUR 4.942. Dieser wurde mit Hilfe eines Modells ermittelt, welches auf der erwarteten Erreichung der Leistungskriterien und dem erwarteten Aktienpreis beruht. Die erwarteten Aufwendungen aus dem aktienbasierten Vergütungsprogramm sind über den Performancezeitraum in Form einer Rückstellung zu verteilen. Zum Bilanzstichtag wurde daher eine aliquote Rückstellung in Höhe von TEUR 1.307 eingestellt.



## 4. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

### 4.1. Umsatzerlöse

TEUR	31.12.2009	31.12.2010
Division Brief	1.235.656	1.227.007
Division Paket & Logistik	202.527	218.333
Division Filialnetz	181.803	149.665
Corporate	46	0
	<b>1.620.032</b>	<b>1.595.006</b>

### 4.2. Sonstige betriebliche Erträge

TEUR	31.12.2009	31.12.2010
Erträge aus dem Abgang vom Anlagevermögen mit Ausnahme der Finanzanlagen	23.926	23.064
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	9.643	1.142
Erträge aus Mieten und Pachten	26.812	25.663
Abgeltungen von Schadensfällen	2.186	2.696
Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen	1.463	847
Weiterverrechnete Aufwendungen	13.327	12.980
Übrige	5.651	6.758
	<b>83.008</b>	<b>73.150</b>

### 4.3. Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Leistungen

TEUR	31.12.2009	31.12.2010
Materialaufwand	78.978	58.455
Aufwand für bezogene Leistungen	179.279	208.050
	<b>258.257</b>	<b>266.505</b>

### 4.4. Personalaufwand

TEUR	31.12.2009	31.12.2010
Gehälter	773.978	751.175
Aufwendungen für Abfertigungen	10.811	15.530
Beiträge an Mitarbeitervorsorgekassen	1.395	1.406
Aufwendungen für Altersversorgung	153	104
Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	201.296	199.038
Sonstige Sozialaufwendungen	7.145	7.536
	<b>994.778</b>	<b>974.788</b>



Anlage 3

Die durchschnittliche Zahl an Arbeitnehmern betrug im Geschäftsjahr:

	31.12.2009	31.12.2010
Beamte	11.980	11.169
Angestellte	11.592	11.367
Summe	23.572	22.536
Entsprechende Vollzeitkräfte	21.598	20.695

TEUR	31.12.2009	31.12.2010
Bezüge an aktive Vorstandsmitglieder	2.945	3.347
Bezüge für Mitglieder des Aufsichtsrates	164	173
	<b>3.109</b>	<b>3.520</b>

**4.5. Aufwendungen für Abfertigungen und für Altersversorgung**

Die Aufwendungen für Abfertigungen und für Altersversorgung verteilen sich wie folgt:

TEUR	31.12.2009	31.12.2010
Vorstände	280	90
Leitende Angestellte	139	301
Andere Arbeitnehmer	11.941	16.648
	<b>12.360</b>	<b>17.039</b>

**4.6. Sonstige betriebliche Aufwendungen**

TEUR	31.12.2009	31.12.2010
Steuern, nicht vom Einkommen und Ertrag	5.997	6.235
Übrige	205.201	206.293
	<b>211.198</b>	<b>212.527</b>



Anlage 3

Die übrigen Aufwendungen gliedern sich wie folgt:

TEUR	31.12.2009	31.12.2010
Miet- und Pachtaufwendungen	48.105	50.444
Instandhaltung und Immobilienverwaltung	34.868	34.859
EDV-Dienstleistungsaufwand	25.402	25.633
Reiseaufwand	23.919	25.534
Entsorgung und Reinigung	14.040	13.760
Kommunikation und Werbung	8.413	11.896
Beratungsaufwand	6.923	9.222
Personalbereitstellung	7.638	7.513
Versicherungsaufwand	4.772	5.520
Telefonaufwand	4.084	3.553
Verluste aus dem Abgang von Sachanlagevermögen	1.426	873
Aus- und Fortbildung	872	1.584
sonstige	24.740	15.904
	<b>205.202</b>	<b>206.293</b>

Die Erläuterungen zu den Aufwendungen für Leistungen für den Abschlussprüfer sind im Konzernabschluss dargestellt.

#### 4.7. Erträge aus Beteiligungen

TEUR	31.12.2009	31.12.2010
Gewinnausschüttungen	6.989	31.490
Ergebnisüberrechnung Personengesellschaften	2.612	3.840
	<b>9.601</b>	<b>35.330</b>

#### 4.8. Aufwendungen aus Finanzanlagen

TEUR	31.12.2009	31.12.2010
Aufwendungen für Verlustabdeckung	580	0
Verluste aus dem Abgang von Wertpapieren	397	7
Abschreibungen auf Beteiligungen	23.700	5.236
Abschreibung Wertpapiere	20.019	0
	<b>44.696</b>	<b>5.243</b>



### Anlage 3

#### 4.9. Steuern vom Einkommen

Im Jahr 2010 wurden von den Gruppenmitgliedern positive steuerliche Ergebnisse in Höhe von TEUR 11.120 (2009: TEUR 13.649) und negative steuerliche Ergebnisse in Höhe von TEUR 4.437 (2009: 2.471) an den Gruppenträger Österreichische Post AG überrechnet. Aufgrund dieser Überrechnung ergeben sich positive Steuerumlagen in Höhe von TEUR 2.780 (2009: TEUR 3.411) sowie negative Umlagen im Betrage von TEUR 1.109 (2009: TEUR 617). Die überwiegende Zuweisung positiver steuerlicher Ergebnisse führte per Saldo zu einer Erhöhung der Körperschaftsteuerbelastung des Gruppenträgers im Ausmaß von TEUR 1.671 (2009: 2.794).

Der Körperschaftsteueraufwand der Unternehmensgruppe beträgt nach Zurechnung der einzelnen steuerlichen Ergebnisse der Gruppenmitglieder TEUR 34.560 (2009: TEUR 42.184). Nach Berücksichtigung der Steuerumlagen der Gruppenmitglieder ergibt sich für das Unternehmen Österreichische Post AG ein Körperschaftsteueraufwand 2010 in Höhe von TEUR 32.889 (2009: TEUR 39.390). Die Körperschaftsteuerbelastung resultiert ausschließlich aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

Im Jahr 2010 gab es steuerpflichtige Auflösungen von un versteuerten Rücklagen in Höhe von TEUR 140 (2009: TEUR 560) sowie Zuweisungen zu un versteuerten Rücklagen in Höhe von TEUR 3.792 (2009: TEUR 2.684).

Vom Wahlrecht zur Aktivierung von latenten Steuern in Höhe von TEUR 37.018 exklusive Gruppenmitgliedern (2009: TEUR 29.520) wurde kein Gebrauch gemacht.





## Anlage 3

### 5. Risikomanagement

Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Österreichischen Post AG ist die Sicherung des Unternehmenserfolges gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Grundsätzlich wird beim Management der Finanzpositionen ein strategischer Portefeuilleansatz unter Bedachtnahme auf eine konservative Risikopolitik verfolgt.

Das Risikomanagement unterliegt einem vom Vorstand beschlossenen Regelwerk, welches Ziele, Grundsätze, Aufgaben und Kompetenzen festlegt. Darüber hinaus formuliert dieses Regelwerk standardisierte Abläufe, um Revisionsicherheit zu gewährleisten.

Die aktuelle Risikosituation im Finanzbereich wird laufend in einem standardisierten Berichtswesen dargelegt.

Bei der Österreichischen Post AG bestehen klare, schriftliche Strategien und operative Richtlinien für die Behandlung aller finanziellen Risiken. Finanzielle Risiken umfassen das Liquiditätsrisiko, das Kreditrisiko/Kontrahentenrisiko/Produktisrisiko, das Zinsänderungsrisiko, das Währungsänderungsrisiko sowie organisatorische Risiken.

#### Liquiditätsrisiko

Aufgabe der Liquiditätssicherung ist die jederzeitige Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit der Unternehmensgruppe. Basis des Liquiditätsmanagements ist ein Liquiditätsplan, der laufend Soll-Ist Analysen unterzogen und bei Bedarf angepasst wird. Durch die aktive Steuerung von Zahlungsströmen wird der Zinssaldo optimiert.

#### Kreditrisiko/Kontrahentenrisiko/Produktisrisiko/Risiko Payment Undertaker

Auf der Aktivseite stellen die ausgewiesenen Beträge gleichzeitig das maximale Bonitäts- und Ausfallsrisiko dar, da keine generellen Aufrechnungsvereinbarungen bestehen. Das Risiko bei Forderungen kann insgesamt als gering eingeschätzt werden, da die Mehrzahl der Kunden ohnedies bar bezahlt bzw. einem Bankeinzugsverfahren zugestimmt haben. Ferner besteht ein Großteil der offenen Forderungen gegenüber ausländischen Postgesellschaften, bei denen es sich um Vertragspartner bester Bonität handelt.

Soweit bei den finanziellen Vermögenswerten Ausfallsrisiken erkennbar sind, werden diese Risiken durch Wertberichtigungen erfasst. Zur Vermeidung von Kreditrisiken werden Finanzkontrakte nur mit Kontrahenten einwandfreier Bonität abgeschlossen. Aus diesem Grund wird das allgemeine Kreditrisiko aus den eingesetzten Finanzinstrumenten für gering gehalten.

Für Geldmarkttransaktionen bestehen festgelegte Handelslimits. Zur Begrenzung des Ausfallsrisikos bei Anleihen, Schuldverschreibungen und strukturierten Finanzierungen werden nur Papiere von Emittenten mit einem Rating von mindestens A (Moody's bzw. S & P Äquivalent) oder vergleichbarer Bonität angekauft. Im Wertpapier-Portfolio befinden sich nur Papiere auf Investor Grade Niveau. Als Handelspartner für OTC-Transaktionen bzw. für in strukturierten Geschäften integrierte Transaktionen kommen gleichfalls nur Kontrahenten mit erstklassigen Bonitäten in Frage. Besonderes Augenmerk gilt auch der Liquidität und der Abwicklungssicherheit der abgeschlossenen Finanzprodukte.

Im Rahmen einer Crossborder-Leasing Transaktion wurde durch eine Einmalzahlung die Verpflichtung zur Zahlung der Leasingraten einschließlich eines allfälligen EBO Payment an Payment Undertaker ausgelagert. Als Payment Undertaker wurden Finanzinstitute mit bester Bonität (Qualified Issuer) ausgewählt. Im Falle des Equity Payment Undertakers wurden Mindestratings vereinbart, wobei mit Unterschreiten dieser Grenzen zusätzliche Sicherheiten in Form von Wertpapieren vom Payment Undertaker beizubringen sind und bei weiterem Sinken des Ratings die Verpflichtung besteht, den Equity Payment Undertaker zu wechseln. Damit rechtzeitig auf die jeweilige Situation der Payment Undertaker reagiert werden kann, erfolgt zumindest quartalsweise eine Überprüfung des Ratings der aktuellen Payment Undertaker sowie des Ratings vergleichbarer Kreditinstitute. Zudem ist zu jedem Jahresabschluss von den Payment Undertakern in einer Saldenbestätigung über den planmäßigen Verlauf der Transaktionen zu berichten und die offenen Rückführungsraten bekannt zugeben.



### Anlage 3

#### **Zinsänderungsrisiko**

Das Zinsänderungsrisiko stellt das Risiko dar, das sich aus der Wertänderung von Finanzinstrumenten, anderen Bilanzposten oder zinsbedingten Zahlungsströmen infolge von Schwankungen von Marktzinssätzen ergibt. Das Zinsänderungsrisiko beinhaltet das Barwertrisiko bei fest verzinsten Bilanzposten und das Zahlungsstromrisiko bei variabel verzinsten Bilanzposten.

Ein Zinsänderungsrisiko liegt vor allem bei Forderungen und Verbindlichkeiten mit Laufzeiten über einem Jahr vor. Solche längeren Laufzeiten sind im operativen Bereich nicht von materieller Bedeutung, spielen jedoch bei Finanzanlagen und Finanzschulden eine Rolle.

Die Steuerung des Zinsänderungsrisikos im Finanzbereich orientiert sich am Portfolio-Ansatz. Gesteuert werden grundsätzlich nicht Einzelpositionen, sondern das gesamte Finanzportfolio unter Bedachtnahme auf die jeweilige Grundtransaktion. Zu diesem Zweck werden selektiv auch derivative Instrumente, wie Zins-Swaps eingesetzt. Täglich wird das Finanzportfolio der vorgegebenen Benchmark gegenübergestellt.

#### **Währungsänderungsrisiko**

Als Währungsänderungsrisiko wird der mögliche Verlust aus Marktveränderungen durch schwankende Wechselkurse angesehen.

Auf der Aktivseite ergeben sich keine Risiken aus Währungsänderungen, da Lieferungen nahezu zur Gänze auf Euro-Währungsbasis abgewickelt werden. Gleiches gilt grundsätzlich für die übrigen originären Finanzinstrumente.

#### **Organisatorische Risiken**

Durch die Organisation der Tätigkeitsabläufe (wie z.B. Trennung von Handel und Buchführung von Finanztransaktionen, Sicherung von elektronischen Daten) sind organisatorische Risiken im Finanzbereich, so weit wie möglich, ausgeschaltet.



Anlage 3

## 6. Mitglieder des Vorstands und Aufsichtsrats

### Vorstand

GD Dipl.-Ing. Dr. Georg Pözl	Vorsitzender des Vorstands
GD-Stv. Mag. Dr. Rudolf Jettmar	Stellvertretender Vorsitzender des Vorstands
Dipl.-Ing. Dr. Herbert Götz	
Dipl.-Ing. Walter Hitziger	
Dipl.-Bwt. (FH) Carl-Gerold Mende	

### Aufsichtsrat

Dr. Peter Michaelis	Vorsitzender des Aufsichtsrats
Dr. Edith Hlawati	Stellvertreterin des Vorsitzenden des Aufsichtsrats
Dieter Bock	bis 22.04.2010
Dr. Horst Breitenstein	bis 22.04.2010
Prof. Dr. Edgar Ernst	seit 22.04.2010
Dr. Erich Hampel	seit 22.04.2010
Mag. Günter Leonhartsberger	seit 22.04.2010
Chris E. Muntwyler	seit 22.04.2010
Dr. Gerhard Roiss	
Dr. Karl Stoss	
Dkfm. Hans Wehsely	bis 22.04.2010
Dipl.-Ing. Rainer Wieltch	bis 22.04.2010 (Stellvertreter des Vorsitzenden)
Gerhard Fritz	bis 18.10.2010
Helmut Köstinger	
Martin Palensky	
Andreas Schieder	seit 19.10.2010
Manfred Wiedner	



Anlage 3

Wien, am 1. März 2011

Dipl.-Ing. Dr. Georg Pölzl

Generaldirektor

Der Vorstand

Mag. Dr. Rudolf Jettmar

Generaldirektor-Stellvertreter

Dipl.-Ing. Dr. Herbert Götz

Vorstandsmitglied

Dipl.-Ing. Walter Hitziger

Vorstandsmitglied

Dipl.-Bwt. (FH) Carl-Gerold Mende

Vorstandsmitglied



## Bestätigungsvermerk

### Bericht zum Jahresabschluss

Wir haben den beigefügten Jahresabschluss der Österreichische Post AG, Wien, für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2010 bis zum 31. Dezember 2010 unter Einbeziehung der Buchführung geprüft. Dieser Jahresabschluss umfasst die Bilanz zum 31. Dezember 2010, die Gewinn- und Verlustrechnung für das am 31. Dezember 2010 endende Geschäftsjahr sowie den Anhang.

#### *Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und für die Buchführung*

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind für die Buchführung sowie für die Aufstellung und den Inhalt des Jahresabschlusses verantwortlich, der ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften vermittelt. Diese Verantwortung beinhaltet: Gestaltung, Umsetzung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems, soweit dieses für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft von Bedeutung ist, damit dieser frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist, sei es auf Grund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern; die Auswahl und Anwendung geeigneter Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden; die Vornahme von Schätzungen, die unter Berücksichtigung der gegebenen Rahmenbedingungen angemessen erscheinen.

#### *Verantwortung des Abschlussprüfers und Beschreibung von Art und Umfang der gesetzlichen Abschlussprüfung*

Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem Jahresabschluss auf der Grundlage unserer Prüfung. Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, dass wir die Standesregeln einhalten und die Prüfung so planen und durchführen, dass wir uns mit hinreichender Sicherheit ein Urteil darüber bilden können, ob der Jahresabschluss frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen hinsichtlich der Beträge und sonstigen Angaben im Jahresabschluss. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Abschlussprüfers unter Berücksichtigung seiner Einschätzung des Risikos eines Auftretens wesentlicher Fehldarstellungen, sei es auf Grund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern. Bei der Vornahme dieser Risikoeinschätzung berücksichtigt der Abschlussprüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft von Bedeutung ist, um unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen geeignete Prüfungshandlungen festzulegen, nicht jedoch um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft abzugeben. Die Prüfung umfasst ferner die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und der von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass wir ausreichende und geeignete Prüfungsnachweise erlangt haben, sodass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil darstellt.



### Anlage 3

#### *Prüfungsurteil*

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss nach unserer Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage der Österreichische Post AG zum 31. Dezember 2010 sowie der Ertragslage der Gesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2010 bis zum 31. Dezember 2010 in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung.

#### **Aussagen zum Lagebericht**

Der Lagebericht ist auf Grund der gesetzlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob die sonstigen Angaben im Lagebericht nicht eine falsche Vorstellung von der Lage der Gesellschaft erwecken. Der Bestätigungsvermerk hat auch eine Aussage darüber zu enthalten, ob der Lagebericht mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob die Angaben nach § 243a UGB zutreffen.

Der Lagebericht steht nach unserer Beurteilung in Einklang mit dem Jahresabschluss. Die Angaben gemäß § 243a UGB sind zutreffend.

Wien, am 1. März 2011

#### **Deloitte Audit Wirtschaftsprüfungs GmbH**

Mag. Walter Müller e.h.  
Wirtschaftsprüfer

Mag. Josef Spadinger e.h.  
Wirtschaftsprüfer

Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses mit unserem Bestätigungsvermerk darf nur in der von uns bestätigten Fassung erfolgen. Dieser Bestätigungsvermerk bezieht sich ausschließlich auf den deutschsprachigen und vollständigen Jahresabschluss samt Lagebericht. Für abweichende Fassungen sind die Vorschriften des § 281 Abs 2 UGB zu beachten.

**Zusammensetzung des Anlagevermögens zum 31.12.2010**  
**Unternehmensrechtliche Darstellung**



TEUR	Anschaffungs-/ Herstellungskosten 01.01.2010	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Anschaffungs-/ Herstellungskosten 31.12.2010	Abschreibungen (kumuliert) 31.12.2010	Buchwert 31.12.2010	Buchwert 01.01.2010	Abschreibungen im Geschäftsjahr 2010
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>									
Konzessionen, gew. Schutzrechte und ähnliche Rechte									
	30.504	2.556	-96	0	32.964	-27.802	5.164	5.559	-2.952
	30.504	2.556	-96	0	32.964	-27.802	5.164	5.559	-2.952
<b>II. Sachanlagen</b>									
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremdem Grund									
	705.407	4.769	-51.171	4	679.001	-407.449	271.553	295.580	-22.846
	155.753	2.286	-537	6.584	164.086	-123.858	41.883	43.309	-11.776
	220.726	22.579	-25.484	0	219.821	-133.856	85.965	83.607	-23.411
	11.331	1.170	0	-6.580	5.921	0	4.285	11.331	0
	1.093.217	30.804	-55.192	0	1.068.829	-665.163	403.666	443.827	-64.033
<b>III. Finanzanlagen</b>									
Anteile an verbundenen Unternehmen									
	1.102.656	12.272	0	0	1.114.928	-661.212	453.716	446.680	-5.236
	15.926	43.899	0	0	59.825	-4.148	55.676	11.778	0
	989	0	0	0	989	0	989	989	0
	141.043	0	-10.006	0	131.037	-40.019	91.018	101.024	0
	1.260.614	56.171	-10.006	0	1.306.779	-705.379	601.399	560.471	-5.236
<b>Gesamt</b>	<b>2.364.335</b>	<b>89.531</b>	<b>-65.294</b>	<b>0</b>	<b>2.408.572</b>	<b>-1.398.344</b>	<b>1.010.229</b>	<b>1.009.857</b>	<b>-72.221</b>



# LAGEBERICHT 2010 DER ÖSTERREICHISCHEN POST AG NACH § 243 UGB

## Inhaltsverzeichnis

1. Umfeld und Rahmenbedingungen	2
1.1 Wirtschaftliches Umfeld	2
1.2 Rechtliche Rahmenbedingungen	3
1.3 Struktur des Unternehmens	3
1.3.1 Division Brief	3
1.3.2 Division Paket & Logistik	3
1.3.3 Division Filialnetz	3
2. Geschäftsverlauf 2010	4
2.1 Umsatzentwicklung	4
2.2 Gewinn- und Verlustrechnung	5
2.3 Vermögens- und Finanzlage	6
2.4 Bericht über Zweigniederlassungen	6
2.5 Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren	7
2.5.1 Cashflow	7
2.5.2 Ergebnis- und wertorientierte Kennzahlen	7
2.5.3 Mitarbeiter	7
2.5.4 Gesundheit und Arbeitssicherheit	8
2.5.5 Umwelt	8
2.5.6 Forschung und Entwicklung	8
2.5.7 Innovationsmanagement	8
2.6 Besondere Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	9
3. Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens und wesentliche Risiken und Ungewissheiten	10
3.1 Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens	10
3.2 Wesentliche Risiken und Ungewissheiten	10
3.2.1 Struktur der Dienstverhältnisse	10
3.2.2 Technische Risiken	11
3.2.3 Regulatorische und rechtliche Risiken	11
3.2.4 Finanzielle Risiken	13
3.2.5 Markt- und Wettbewerbsrisiken	13
4. Internes Kontrollsystem und Risikomanagement im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess	15
4.1 Kontrollumfeld	15
4.2 Risikobeurteilung	15
4.3 Kontrollmaßnahmen	15
4.4 Information und Kommunikation	16
4.5 Überwachung	16
5. Informationen gemäß § 243a UGB	17





## 1. Umfeld und Rahmenbedingungen

### 1.1 Wirtschaftliches Umfeld

Nach dem starken Rückgang der Wirtschaft um 3,5% im Jahr 2009 verbesserte sich die konjunkturelle Situation in Österreich 2010 wieder. Dabei profitierte die österreichische Wirtschaft auch vom günstigeren internationalen Umfeld. Im Gesamtjahr 2010 erhöhte sich die Wirtschaftsleistung in Österreich um 2,0% (WIFO), die Inflation lag im Durchschnitt bei 1,8% (WIFO), bedingt vor allem durch den Anstieg der Rohölpreise. Für 2011 wird von einer weiteren Konjunkturerholung ausgegangen, das Wachstum soll 2,2% betragen, die Inflation auf 2,1% (WIFO) steigen. Der Aufschwung stützt sich auf eine starke Exportdynamik, basierend auf dem deutlichen Wachstum der Weltwirtschaft, die 2010 um 5,0% zulegen konnte. Für 2011 wird ein globales Wachstum des BIP um 4,4% vorausgesagt (IWF). Auch die Konsumnachfrage der privaten Haushalte und eine Belebung der Investitionstätigkeit in Österreich tragen zum Wirtschaftswachstum bei.

Für Deutschland wird ein Wachstum von 2,2% für 2011 prognostiziert. Die Erwartungen für die Länder Südost- und Osteuropas sind ebenfalls durchwegs positiv: Slowakei plus 4,3%, Ungarn plus 2,0%, Serbien plus 3,0% und Bosnien-Herzegowina plus 3,0% (IWF).

Für die Entwicklung des Brief- und Paketmarktes sind neben der Wirtschaftsleistung auch die Bevölkerungsentwicklung und die Zunahme der Anzahl der Haushalte eines Landes von Bedeutung. In Österreich ergab sich mit plus 0,4% (Statistik Austria) auch 2010 ein leichtes Bevölkerungswachstum.

Der Trend zur elektronischen Substitution der Briefvolumina bleibt bestehen. Insbesondere Telekommunikations- und Versorgungsunternehmen versuchen physische Sendungsvolumina zu reduzieren. Das Volumen der Werbesendungen ist abhängig von den Werbeaktivitäten der Unternehmen. Der vierteljährlich erscheinende Forecast von ZenithOptimedia geht davon aus, dass der Werbemarkt in Westeuropa stärker wächst als bisher erwartet – für 2011 wird ein Plus von rund 3,2% prognostiziert. Es wird erwartet, dass – im Gegensatz zu anderen Werbekanälen – weiterhin eine grundsätzlich positive Entwicklung der direkten Kommunikation bestehen bleibt. Direct Mailings zu Endkunden sollten ihren Stellenwert in der Kommunikation beibehalten können.

Die Paketmengen in Österreich steigen dank der ständig zunehmenden Bedeutung von Online-Shopping weiter. Das Fracht- und Expressgeschäft konnte durch die verbesserte Wirtschaftslage und ein ausgeweitetes Angebot wieder zulegen. Die Entwicklung der Sendevolumina im internationalen Paket- und Frachtgeschäft wird wesentlich von der Stärke des Aufschwungs und den Handelsströmen sowie der damit verbundenen Preisentwicklung abhängen. Im Paket- und Logistikmarkt zeigten sich 2010 national und international positive Volumensentwicklungen, gestützt vom steigenden internationalen Handel sowie von der generellen Zunahme der Internetkäufe. Die Wettbewerbsintensität ist jedoch weiterhin hoch.



## 1.2 Rechtliche Rahmenbedingungen

Im Hinblick auf die vollständige Marktöffnung mit 1. Jänner 2011 war das Jahr 2010 aus rechtlicher und regulatorischer Sicht von Vorbereitungsmaßnahmen geprägt.

Seit Juli 2010 werden in Entsprechung einer einschlägigen EuGH-Judikatur in einem ersten Schritt Postdienste für Paketsendungen über 20 kg und EMS-Sendungen (Expressdienst) nicht mehr unter die Steuerbefreiung für Postdienstleistungen subsumiert. Für solche Dienste wird seither, sofern der Leistungsort in Österreich liegt und die Sendungen nicht in Drittländer befördert werden, zusätzlich zu den bestehenden Tarifen Umsatzsteuer verrechnet. In einem weiteren Schritt fallen seit 1. Jänner 2011 Dienstleistungen, die nicht in der gesetzlich vorgeschriebenen Universaldienstverpflichtung enthalten sind, nicht unter die Umsatzsteuerbefreiung für Postdienstleistungen. Postdienstleistungen im Universaldienst, deren Leistungsort in Österreich liegt, sind auch weiterhin steuerfrei und werden ohne Umsatzsteuer in Rechnung gestellt. Die entsprechenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen wurden der Regulierungsbehörde im Herbst 2010 vorgelegt und von dieser zur Kenntnis genommen

Mit Inkrafttreten der postmarktgesetzlichen Bestimmungen zum Poststellennetz im Dezember 2009 hat ein diesbezüglicher Umwandlungsprozess begonnen. Nach Durchführung der gesetzlich vorgeschriebenen Aufsichtsverfahren bei der Regulierungsbehörde wurden im Jahr 2010 mit eigenem Personal betriebene Post-Geschäftsstellen in Post Partner umgewandelt. Dabei musste die Österreichische Post AG nachweisen, dass die von der Restrukturierung betroffenen Poststellen dauerhaft unrentabel sind und die flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Postdienstleistungen durch andere Standorte gewährleistet ist. Auch die betroffenen Gemeinden mussten zeitgerecht von der geplanten Strukturumwandlung im Filialnetz informiert werden.

Weiters wurden im November 2010 der Regulierungsbehörde Allgemeine Geschäftsbedingungen vorgelegt, die für Briefdienste im Universaldienstbereich ein vereinfachtes, kundenorientiertes Produkt- und Dienstleistungsangebot mit formatbasierten Tarifen vorsehen. Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen wurden vonseiten der Regulierungsbehörde eingehend geprüft und gebilligt und werden somit ab Anfang Mai 2011 in Kraft treten.

## 1.3 Struktur des Unternehmens

### 1.3.1 Division Brief

Die Division Brief umfasst drei Geschäftsfelder: Briefpost, Infomail und Medienpost. Das Kerngeschäft besteht aus dem weltweiten Versand von Briefen und Postkarten, der Annahme und Zustellung von adressierten und unadressierten Werbesendungen, Zeitungen und Zeitschriften, der Zustellung von Sendungen aus der ganzen Welt an jeden Adressaten in Österreich sowie umfangreichen Service- und Zusatzleistungen aus dem Direct Mail Bereich und dem Poststellenmanagement.

### 1.3.2 Division Paket & Logistik

Das Kerngeschäft der Division Paket & Logistik besteht in der Annahme, Beförderung und Zustellung von Paketen und Paletten. Ergänzt wird es durch ein auf die jeweiligen Märkte und Kunden zugeschnittenes Dienstleistungsangebot.

### 1.3.3 Division Filialnetz

Die Österreichische Post AG bietet ihr Dienstleistungsangebot in 1.850 eigen- und fremdbetriebenen Postgeschäftsstellen an. Darüber hinaus nimmt die Österreichische Post AG eine führende Position im Vertrieb von Telekommunikationsprodukten (Mobil- und Festnetztelefone) ein und betreibt gemeinsam mit der BAWAG P.S.K. Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische Postsparkasse Aktiengesellschaft eines der größten Banknetze Österreichs.



## 2. Geschäftsverlauf 2010

### 2.1 Umsatzentwicklung

Das Geschäftsjahr 2010 der Division Brief war insbesondere von Volumenrückgängen in der Briefpost – getrieben durch die elektronische Substitution – sowie durch Volumenzuwächse bei Werbesendungen gekennzeichnet. Das Paketgeschäft verzeichnete beachtliche Zuwächse, der Umsatz des Filialnetzes ging durch den notwendigen Strukturwandel zurück. Der Gesamtumsatz verringerte sich um 1,5% auf 1.595,0 Mio EUR.

Die Verteilung des Umsatzes auf die einzelnen Divisionen zeigt die hohe Bedeutung der Division Brief, auf die ein Anteil von 76,9% vom Gesamtumsatz entfällt. Die Division Paket & Logistik trug mit 13,7% zum Umsatz bei. Die Division Filialnetz erwirtschaftete 9,4% vom Gesamtumsatz.

#### Außenumsatz nach Divisionen

Mio EUR	2009	2010	Veränderung 2009/2010
<b>Umsatz gesamt</b>	<b>1.620,0</b>	<b>1.595,0</b>	<b>-1,5%</b>
Brief	1.235,7	1.227,0	-0,7%
Paket & Logistik	202,5	218,3	7,8%
Filialnetz	181,8	149,7	-17,7%

#### Umsatz Division Brief nach Geschäftsfeldern

Mio EUR	2009	2010	Veränderung 2009/2010
Briefpost	736,7	718,9	-2,4%
Infomail	365,5	372,7	2,0%
Medienpost	133,5	135,4	1,4%

Die Division Brief verzeichnete 2010 einen Umsatzrückgang um 0,7% auf 1.227,0 Mio EUR. Positive Sondereffekte durch Wahlen und ein zusätzlicher Arbeitstag in 2010 verglichen mit 2009 wirkten sich positiv aus. Der stärkste Rückgang erfolgte im Geschäftsfeld Briefpost um 2,4% auf 718,9 Mio EUR. Die Trends der elektronischen Substitution von Briefen, des Rückgangs hochwertiger Briefsendungen und der reduzierten Sendungsgewichte halten weiter an und wirkten sich negativ auf das Geschäftsfeld Briefpost aus. Das Geschäftsfeld Infomail verzeichnete aufgrund der Gewinnung von Neukunden einen Zuwachs um 2,0% auf 372,7 Mio EUR. Ebenso erhöhte sich der Umsatz des Geschäftsfeldes Medienpost um 1,4% auf 135,4 Mio EUR.

In der Division Paket & Logistik konnte der Umsatz 2010 um 7,8% auf 218,3 Mio EUR gesteigert werden. Ein stetiger Volumenanstieg ist zu verzeichnen. Der Anstieg beruht sowohl auf Marktanteilsgewinnen bei Business to Business (B2B)-Kunden als auch auf Steigerungen im Privatkundengeschäft. Ein Haupttreiber bei Privatkunden war wie im Vorjahr das Internet.

Die Umsatz- und Organisationsstruktur im Filialnetz unterliegt einem Wandel. Der Umsatz ist um 17,7% auf 149,7 Mio EUR gesunken. Der Rückgang ergab sich durch rückläufige Tendenzen im Geschäft mit Finanz- und Telekomdienstleistungen. Die geänderte Umsatzdarstellung von Prepaid-Telefonwertkarten trug mit 10,7 Mio EUR zum Umsatzrückgang bei.



Anlage 4

## 2.2 Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gewinn- und Verlustrechnung der Österreichischen Post AG zeigt für 2010 folgendes Bild:

Mio EUR	2009	2010	Veränderung 2009/2010	Struktur in %
<b>Umsatzerlöse</b>	<b>1.620,0</b>	<b>1.595,0</b>	<b>-1,5%</b>	<b>100,0%</b>
Sonstige betriebliche Erträge	83,0	73,1	-11,9%	4,6%
Materialaufwand und Aufwand für bezogene Leistungen	-258,3	-266,5	3,2%	-16,7%
Personalaufwand	-994,8	-974,8	-2,0%	-61,1%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-211,2	-212,5	0,6%	-13,3%
Beteiligungsergebnis	-14,7	30,1	-	1,9%
<b>EBITDA (Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen)</b>	<b>224,0</b>	<b>244,4</b>	<b>9,1%</b>	<b>15,3%</b>
Abschreibungen	-64,7	-67,0	3,5%	-4,2%
<b>EBIT (Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit)</b>	<b>159,3</b>	<b>177,4</b>	<b>11,4%</b>	<b>11,1%</b>
Sonstiges Finanzergebnis	0,3	3,9	>100%	0,2%
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>159,6</b>	<b>181,3</b>	<b>13,6%</b>	<b>11,4%</b>
Steuern	-39,7	-32,8	-17,5%	-2,1%
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>119,9</b>	<b>148,6</b>	<b>23,9%</b>	<b>9,3%</b>

Die sonstigen betrieblichen Erträge gingen im Wesentlichen durch geringere Erträge aus Mieten und Pachten und geringere Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen um 11,9% auf 73,1 Mio EUR zurück.

Der Materialaufwand einschließlich des Aufwandes für bezogene Leistungen erhöhte sich um 3,2% auf 266,5 Mio EUR. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen um 0,6% auf 212,5 Mio EUR.

Der Personalaufwand ist mit einem Anteil von 61,1% an den Umsatzerlösen der größte Aufwandsposten der Österreichischen Post AG und ist im Berichtszeitraum um 2,0% auf 974,8 Mio EUR gesunken.

Das Beteiligungsergebnis erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 44,8 Mio EUR, aufgrund einer im Vorjahr durchgeführten außerplanmäßigen Abschreibung in Höhe von 23,7 Mio EUR auf Beteiligungen sowie gestiegenen Beteiligungserträgen im Geschäftsjahr 2010.

Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagevermögen der Österreichischen Post AG stiegen 2010 um 3,5% auf 67,0 Mio EUR. Dies ist ein Anteil von 4,2% am Umsatz. Der Anstieg ist auf erhöhte außerplanmäßige Abschreibungen zurückzuführen.

Das Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT) der Österreichischen Post AG verbesserte sich 2010 um 11,4% auf 177,4 Mio EUR. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) betrug im Geschäftsjahr 2010 181,3 Mio EUR. Es liegt damit um 13,6% über Vorjahresniveau. Nach Abzug von Steuern im Ausmaß von 32,8 Mio EUR ergibt sich für 2010 ein Jahresüberschuss in Höhe von 148,6 Mio EUR (+23,9% gegenüber dem Vorjahr). Unter Berücksichtigung der Zuweisung und Auflösung von un versteuerten Rücklagen sowie des Gewinnvortrages beträgt der Bilanzgewinn 149,4 Mio EUR.



Anlage 4

### 2.3 Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzstruktur der Österreichischen Post AG für das Geschäftsjahr 2010 weist folgende Struktur auf:

Mio EUR	31.12.2009	31.12.2010	Struktur 31.12.2010 in %
<b>Aktiva</b>			
Sachanlagevermögen und immaterielles Vermögen	449,4	408,8	25,8%
Finanzanlagen	560,5	601,4	38,0%
Vorräte, Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände und Rechnungsabgrenzungsposten	269,8	285,8	18,1%
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	253,5	286,9	18,1%
	<b>1.533,2</b>	<b>1.582,9</b>	<b>100,0%</b>
<b>Passiva</b>			
Eigenkapital	624,1	667,7	42,2%
Unversteuerte Rücklagen	12,7	16,4	1,0%
Rückstellungen	636,0	612,0	38,7%
Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten	260,4	286,9	18,1%
	<b>1.533,2</b>	<b>1.582,9</b>	<b>100,0%</b>

Die Österreichische Post AG folgt einer risikoaversen Geschäftsgebarung. Diese zeigt sich an der hohen Eigenkapitalquote, den geringen Finanzverbindlichkeiten und dem hohen Zahlungsmittelbestand.

Das Sachanlagevermögen und die immateriellen Vermögensgegenstände verringerten sich gegenüber 2009 um 40,6 Mio EUR auf 408,8 Mio EUR. Die größten Posten des Sachanlagevermögens sind Grundstücke und Bauten mit einem Buchwert von 271,6 Mio EUR sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung mit 86,0 Mio EUR.

Die Finanzanlagen beinhalten Anteile an verbundenen Unternehmen sowie Wertpapiere des Anlagevermögens.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände enthalten insbesondere Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 163,8 Mio EUR (2009: 162,7 Mio EUR) sowie Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 49,8 Mio EUR (2009: 40,6 Mio EUR). Die Bilanzposition Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten hat sich im Geschäftsjahr 2010 von 253,5 Mio EUR auf 286,9 Mio EUR erhöht.

Auf Basis des Eigenkapitals von 667,7 Mio EUR und der unversteuerten Rücklagen von 16,4 Mio EUR ergibt sich zum 31. Dezember 2010 eine Eigenkapitalquote von 43,2% (2009: 41,5%).

Die Rückstellungen in Höhe von 612,0 Mio EUR (2009: 636,0 Mio EUR) sind größtenteils langfristig und beinhalten unter anderem Rückstellungen für Abfertigungen und Jubiläumsgelder. Für Personalaufwendungen von Mitarbeitern, die unkündbar sind und im Unternehmen nicht mehr oder nur mehr zum Teil zur Leistungserbringung eingesetzt werden können, wurde mit einer Rückstellung für Unterauslastung vorgesorgt.

Die Verbindlichkeiten und passiven Rechnungsabgrenzungsposten der Österreichischen Post AG in Höhe von 286,9 Mio EUR stiegen gegenüber dem Vorjahr um 10,2%.

### 2.4 Bericht über Zweigniederlassungen

Die Österreichische Post AG unterhält keine Zweigniederlassungen.



Anlage 4

## 2.5 Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

### 2.5.1 Cashflow

Mio EUR	2009	2010
<b>Cashflow aus dem Ergebnis</b>	<b>174,7</b>	<b>103,2</b>
+/- Veränderungen im Nettoumlaufvermögen	34,7	44,6
<b>= Cashflow aus Geschäftstätigkeit</b>	<b>209,4</b>	<b>147,8</b>
+/- Cashflow aus Investitionstätigkeit	16,8	2,4
<b>= Free Cashflow</b>	<b>226,2</b>	<b>150,2</b>
+/- Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-179,9	-116,8
<b>= Nettoveränderung liquider Mittel</b>	<b>46,3</b>	<b>33,4</b>

### 2.5.2 Ergebnis- und wertorientierte Kennzahlen

	2009	2010
EBITDA-Marge <sup>1)</sup>	13,8%	15,3%
EBIT-Marge <sup>2)</sup>	9,8%	11,1%
ROE <sup>3)</sup>	23,3%	27,9%
ROCE <sup>4)</sup>	20,5%	24,1%
Capital Employed <sup>5)</sup>	771,1 Mio EUR	735,7 Mio EUR

<sup>1)</sup> EBITDA-Marge = EBITDA/Umsatz

<sup>2)</sup> EBIT-Marge = EBIT/Umsatz

<sup>3)</sup> Return on Equity = Jahresüberschuss/Eigenmittel zum 1. Jänner abzüglich Dividende

<sup>4)</sup> Return on Capital Employed = EBIT/durchschnittliches Capital Employed

<sup>5)</sup> Capital Employed = Immaterielle Vermögensgegenstände + Sachanlagevermögen + assoziierte Unternehmen + Vorräte + Forderungen – unverzinsliches Fremdkapital (Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, erhaltene Anzahlungen, Passive Rechnungsabgrenzungen und sonstige Verbindlichkeiten)

### 2.5.3 Mitarbeiter

Der durchschnittliche Personalstand der Österreichischen Post AG reduzierte sich 2010 um 902 (minus 4,2%) auf 20.695 Mitarbeiter (Vollzeitkräfte). Der überwiegende Teil der Mitarbeiter ist in der Division Brief beschäftigt.

Mitarbeiter nach Divisionen	2009	2010	Anteil in %
Brief	13.877	13.509	65,3%
Paket & Logistik	1.461	1.508	7,3%
Filialnetz	4.614	4.166	20,1%
Corporate	1.645	1.512	7,3%
<b>Gesamt</b>	<b>21.597</b>	<b>20.695</b>	<b>100,0%</b>



#### **2.5.4 Gesundheit und Arbeitssicherheit**

Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz sowie betriebliche Gesundheitsförderung sind wichtige Elemente der Unternehmenspolitik der Österreichischen Post AG. Motivierte Mitarbeiter sind die Basis eines auf menschlicher Arbeitskraft aufgebauten Logistikkonzeptes, das den bestmöglichen Service für die Kunden gewährleistet. Eine gesunde und sichere Arbeitsumgebung ist dafür eine unabdingbare Voraussetzung. Die Österreichische Post AG strebt daher eine betriebliche Gesundheitsförderungs- und Arbeitssicherheitskultur als integralen Bestandteil aller im Unternehmen zu verrichtenden Tätigkeiten an und bekennt sich zur sozialen Verantwortung auch in Bezug auf das Wohlbefinden der Mitarbeiter.

#### **2.5.5 Umwelt**

Die Österreichische Post AG nimmt ihre Verantwortung gegenüber der Umwelt aktiv wahr. Dabei verfolgt sie vor allem das Ziel, die ökologischen Auswirkungen ihrer Geschäftstätigkeit durch den Einsatz umweltfreundlicher Technologien und den effizienten Umgang mit Ressourcen möglichst gering zu halten. Das Unternehmen ist dabei ständig auf der Suche nach Verbesserungspotenzialen.

Transporte werden so umweltfreundlich wie möglich gestaltet. Zum einen geschieht dies durch optimierte Routenplanung, zum anderen garantieren eine moderne Fahrzeugflotte, regelmäßige Wartungen der Fahrzeuge und laufende Schulungen der Fahrer die Öko-Effizienz. Zurzeit stehen bei der Österreichischen Post AG sehr erfolgreich 77 Erdgas-Fahrzeuge sowie rund 70 Elektro-Mopeds und Elektro-Fahrräder im Einsatz.

Im Sinne einer nachhaltigen Abfallwirtschaft arbeitet die Österreichische Post AG mit Nachdruck daran, die Umwelt durch Abfälle in möglichst geringem Ausmaß zu belasten. Durch getrennte und sortenreine Erfassung von Altstoffen trägt die Österreichische Post AG wesentlich zur Reduktion von Restmüll bei. Gleichzeitig schafft das Unternehmen durch diese Maßnahme die Voraussetzung für eine ökonomisch und ökologisch sinnvolle Verwertung dieser wertvollen Reststoffe.

#### **2.5.6 Forschung und Entwicklung**

Als reines Dienstleistungsunternehmen verfolgt die Österreichische Post AG keine nennenswerten Forschungsaktivitäten. Produktinnovation erfolgt auf Basis kontinuierlicher Analyse der Markt- und Kundenbedürfnisse.

#### **2.5.7 Innovationsmanagement**

Ein wesentlicher Schlüssel zum Erfolg in sich verändernden Märkten liegt in der Entwicklung und Markteinführung innovativer Produkte sowie der Erweiterung der bestehenden Produktpalette. Die Österreichische Post AG hat im Geschäftsjahr 2010 eine Vielzahl solcher Lösungen einerseits im Bereich der Online-Services und andererseits im Bereich der Servicedienstleistungen umgesetzt.

Die Online Offensive 2010 brachte abgesehen von einem Relaunch des gesamten Webauftritts neue Produktinnovationen in den Bereichen Brief sowie Paket & Logistik. Mit der e-Postkarte wird ein eigenes Fotomotiv des Kunden mit individuellem Text von der Österreichischen Post AG in hoher Qualität gedruckt und zugestellt. Durch die Erweiterung des Produktes meinBrief.at wird nun neben der Zustellung von e-Rechnungen auch die Zustellung behördlicher Schriftstücke (RSa/RSb-Brief) ermöglicht. Eine weitere Innovation im Paketbereich in Österreich ist die Online-Paketmarke, mit der der Kunde einfach von zu Hause aus via Internet die gewünschte Paketmarke auswählen, ausdrucken und danach das frankierte Paket bei einer Post-Geschäftsstelle oder einem Landzusteller aufgeben kann.

Im Bereich der Servicedienstleistungen erweiterte die Österreichische Post AG laufend ihr umfassendes Angebot im Poststellenmanagement. So werden Geschäftskunden Dienstleistungen wie Datenmanagement, Druck, Kuvertierung, Versand, Eingangspostverarbeitung und -sortierung, Digitalisierung und interne Verteilung angeboten. Mit der Implementierung der ORCA-Sortiersoftware konnte 2010 die Erkennungsrate beim automatisierten Lesen von Adressen in den Brief- und Sortieranlagen verbessert werden.



## 2.6 Besondere Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Die Österreichische Post AG hat entsprechend der geänderten Gesetzeslage zur umsatzsteuerlichen Behandlung von Postdiensten ihre Allgemeinen Geschäftsbedingungen – bei gleichbleibender Produkt- und Tarifstruktur – insofern geändert, als seit 1. Jänner 2011 Dienstleistungen, die unter die gesetzlich vorgeschriebene Universaldienstverpflichtung fallen, umsatzsteuerfrei bleiben und alle anderen Postdienstleistungen nicht mehr von der Umsatzsteuerbefreiung für Postdienste umfasst sind.

Im Jänner 2011 wurde beschlossen, die Divisionen Brief und Filialnetz bis Anfang 2012 zusammenzuführen. Diese Entscheidung erfolgte vor dem Hintergrund der mittlerweile weit vorangeschrittenen Umwandlung eigenbetriebener Filialen zu Post Partnern und der erfolgreichen Neugestaltung der Kooperation mit der BAWAG P.S.K.

Ab Mai 2011 wird die Österreichische Post AG für Briefdienste im Inland, wie auch im grenzüberschreitenden Postverkehr, ein neues Produktportfolio anbieten, das auch für den Universaldienst ein vereinfachtes, kundenorientiertes Produkt- und Dienstleistungsangebot mit formatbasierten Tarifen vorsieht. Die Österreichische Post AG hat die Allgemeinen Geschäftsbedingungen, die dieses neue Produktportfolio im Universaldienst abbilden, im November 2010 der Regulierungsbehörde vorgelegt. Nach eingehender Prüfung hat die Regulierungsbehörde die Allgemeinen Geschäftsbedingungen im Bereich Brief und adressierter Direktwerbung akzeptiert. Die neuen Geschäftsbedingungen mit neuen Produkten und Tarifen können daher mit Anfang Mai 2011 in Kraft treten.



### **3. Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens und wesentliche Risiken und Ungewissheiten**

#### **3.1 Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens**

Für das Jahr 2011 ist mit denselben internationalen makroökonomischen Trends zu rechnen, die bereits 2010 bestanden hatten.

Die Österreichische Post AG geht für 2011 davon aus, dass das Sendungsvolumen bei adressierten Briefen im Einklang mit internationalen Trends, rückgängig sein wird. Dies wird primär durch elektronische Substitution von Briefen bei tendenziell steigenden Mengen an Werbesendungen bedingt. Weiters werden Liberalisierungseffekte sowie Volumenwachstum bei Paketdienstleistungen die Geschäftsentwicklung wesentlich beeinflussen.

Dem nunmehr seit 1. Jänner 2011 vollständig liberalisierten Briefmarkt begegnet die Österreichische Post AG mit neuen kundenorientierten Angeboten sowie ab Mai 2011 mit einem vollkommen neuen Produktportfolio. Ziel der neuen Produktstruktur ist die Vereinfachung der Produkte und Dienstleistungen und ein marktorientiertes Angebot für Geschäftskunden. Das neue Modell führt zu formatbasierten Tarifen anstelle der derzeitigen ausschließlich gewichtsabhängigen Preise. Im Vordergrund stehen Standardformate, die für Kunden einfach und leicht zuordenbar sind. Wie international zunehmend üblich, sollen darüber hinaus Geschäftskunden künftig über die Zustellgeschwindigkeit entscheiden können. Ein „Premium-Produkt“ sichert die Briefzustellung am nächsten Werktag, ein günstigeres „Economy-Produkt“ wird für die Briefzustellung innerhalb von zwei bis drei Tagen angeboten. Darüber hinaus wird die Angebotspalette für adressierte Werbesendungen erweitert.

Im Rahmen des Strategieprogramms „post@2011“ wird auch weiterhin eine Reihe operativer Maßnahmen umgesetzt, um sowohl umsatzseitige Wachstumschancen zu nutzen als auch kostenseitige Einsparungspotenziale zu realisieren. Ziel ist es, auch weiterhin die hohe Ertragskraft zu erhalten.

Der erwirtschaftete operative Cashflow wird auch weiterhin primär für Zukunftsinvestitionen und Dividendenzahlungen verwendet. In den nächsten Jahren sind Anlageinvestitionen, primär Ersatzinvestitionen bestehender Anlagen, sowie neue, effizienzsteigernde Sortieranlagen, vorgesehen.

#### **3.2 Wesentliche Risiken und Ungewissheiten**

##### **3.2.1 Struktur der Dienstverhältnisse**

Der Großteil der Mitarbeiter der Österreichischen Post AG steht in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis und unterliegt den Bestimmungen des Beamtendienstrechts. Daraus ergeben sich Besonderheiten im Zusammenhang mit der dienstrechtlichen Verwendung. Bei einem Großteil der Belegschaft kann es durch die bestehenden rechtlichen Bedingungen zu keiner Kapazitätsanpassung im Falle von Mengenverlusten kommen, außerdem ist keine Anpassung des Gehaltsniveaus an eventuell niedrigere Marktkonditionen möglich. Das Beamtendienstrecht führt insgesamt zu einer geringen Kostenflexibilität. Die Österreichische Post AG ist im Hinblick auf den liberalisierten Markt zunehmend mit den Grenzen der dienstrechtlichen Verwendungsmöglichkeiten ihrer zugewiesenen Beamten konfrontiert. Die Lösung dieser Problematik nimmt im Dialog mit dem verantwortlichen Gesetzgeber eine besondere Rolle ein.

Aus Änderungen des Poststrukturgesetzes 1996 und den laufenden Änderungen des Beamtendienstrechts können sich für die Österreichische Post AG, soweit diese Regelungen nicht auf die spezielle Wettbewerbssituation der Österreichischen Post AG Rücksicht nehmen, zusätzliche Belastungen und unerwartete Mehrkosten ergeben, auf deren Entstehen das Unternehmen keinen Einfluss hat.

Der österreichische Gesetzgeber hat vorgesehen, dass die für Beamte auf Bundesebene 2008 getroffene Pensionskassenregelung sinngemäß auf die der Gesellschaft zugewiesenen Beamten anzuwenden wäre, was gegebenenfalls einen erhöhten Personalaufwand für die Österreichische Post AG bedeuten könnte, falls diese Regelung tatsächlich auf die Gesellschaft anzuwenden ist.



Nach dem Poststrukturgesetz 1996 sind Änderungen des Beamtendienstrechts, die für Bundesbeamte eingeführt werden, grundsätzlich auch auf die der Gesellschaft zugewiesenen Beamten anwendbar. Im Ergebnis können Änderungen des Beamtendienstrechts daher unmittelbar die Kostenstruktur der Gesellschaft verändern. Ebenso können aus unterschiedlichen Interpretationen des Poststrukturgesetzes weitere Risiken grundsätzlich nicht ausgeschlossen werden, wobei nach derzeitigem Kenntnisstand keine weiteren Ansprüche gegenüber der Österreichischen Post AG durchsetzbar sein sollten.

Der Strukturthematik im Bereich der Bediensteten begegnet die Österreichische Post AG mit zunehmend flexibleren Arbeitsprozessen und Arbeitszeitmodellen. Zur Erhöhung des Qualifikationsniveaus der Mitarbeiter wurden umfassende Maßnahmen gesetzt. Zur Milderung der Folgen der Restrukturierungsmaßnahmen wurde eine besondere Betriebsvereinbarung abgeschlossen.

Unternehmen der Österreichischen Post AG bedienen sich – wie in der Brief-, Paket-, Zeitungszustell- und Werbemittelverteilbranche üblich – zur Beförderung und Zustellung von Sendungen selbstständiger Subunternehmer, die zum Teil aus dem EU-Ausland kommen. Die Qualifikation der Tätigkeit von Subunternehmern als selbstständige Werkunternehmer hängt von den jeweiligen spezifischen Umständen des Einzelfalls ab, die in einer Gesamtbetrachtung beurteilt werden.

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die zuständigen Gerichte und Verwaltungsbehörden einzelfallbezogen die Unzulässigkeit dieser Form der Beschäftigung feststellen sowie Verwaltungsstrafen aussprechen und darüber hinaus andere verwaltungs-, insbesondere gewerberechtliche Sanktionen auferlegen.

Nicht unerhebliche finanzielle Auswirkungen könnten sich auch aus Rechtsstreitigkeiten ergeben, die das Bestehen bzw. Nichtbestehen von Kettendienstverhältnissen zum Gegenstand haben. Die Österreichische Post AG versucht dieses Risiko durch entsprechende Vertragsgestaltungen zu minimieren.

### 3.2.2 Technische Risiken

Die Österreichische Post AG ist in hohem Maße auf die Verwendung von komplexen technischen Systemen angewiesen und setzt bei der Erbringung seiner Dienstleistungen maßgeblich auf den Einsatz von Datenverarbeitungssystemen, modernen Kommunikationsmedien und anderen technischen Einrichtungen. Vor diesem Hintergrund hat die Österreichische Post AG in den vergangenen Jahren umfangreiche Investitionen vorgenommen, um ihr Verteilnetz zu modernisieren. Die Leistungserbringung des Unternehmens hängt dabei von der Funktionsfähigkeit weniger wichtiger Standorte ab. Sollten technische Systeme vorübergehend oder dauerhaft ausfallen oder sollte es zu unberechtigten Datenzugriffen und Datenmanipulationen kommen oder sollten längerfristige kollektive Arbeitsniederlegungen stattfinden, könnte dies zu Störungen des Geschäftsablaufs und zu Verlusten von Reputation und Kunden führen sowie zusätzliche Kosten verursachen. Zur Bewältigung dieser technischen und operativen Risiken wurden Sicherheitsmaßnahmen, Prozesse und Regeln festgelegt, die verschiedene Eventualitäten abdecken und einen reibungslosen Ablauf garantieren. Im Rechenzentrumsbetrieb wird eine Outsourcing-Strategie verfolgt. Durch Vertragsgestaltung und Service-Level-Management wird die Verfügbarkeit der ausgelagerten Tätigkeiten abgesichert. Die Vertragspartner sind verpflichtet, einschlägige gültige Zertifizierungen vorzuweisen.

### 3.2.3 Regulatorische und rechtliche Risiken

Die Österreichische Post AG erwirtschaftete einen erheblichen Teil ihres Umsatzes im reservierten Postdienst. Die vollständige Öffnung des österreichischen Postmarkts erfolgte mit 1. Jänner 2011. Daraus ergeben sich Risiken einer Marktanteilsveränderung. Die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Zeitraum nach der vollständigen Liberalisierung wurden mit dem Postmarktgesetz neu geregelt, welches mit 1. Jänner 2011 zur Gänze in Kraft getreten ist. Dieses Postmarktgesetz sieht in vielen Bereichen keine Gleichbehandlung zwischen der Österreichischen Post AG und ihren Mitbewerbern vor, sondern eine Mehrbelastung der Österreichischen Post AG.

Die Österreichische Post AG ist im Rahmen des Universaldienstes verpflichtet, in ganz Österreich ein Mindestangebot von Postdienstleistungen in vergleichbarer Qualität anzubieten und ein flächendeckendes Netz von 1.650 Post-Geschäftsstellen sicherzustellen. Mit eigenem Personal betriebene Post-Geschäftsstellen dürfen nur



nach Durchführung eines behördlichen Verfahrens geschlossen werden, sodass nicht ausgeschlossen werden kann, dass die Österreichische Post AG – zumindest vorübergehend – zur Führung unrentabler Standorte verpflichtet ist.

Das Postmarktgesetz sieht vor, dass die Österreichische Post AG – als einziger Postdienstanbieter in Österreich – zur umfassenden Erbringung des Universaldienstes verpflichtet ist. Der Ersatz der Universaldienst-Nettokosten wird über einen Ausgleichsfonds abgewickelt, dessen Kostenlast zwischen der Gesellschaft und den anderen konzessionierten Postdienstanbietern nach Marktanteilen geteilt wird. In diesen Ausgleichsfonds müssen nur solche konzessionierte Postdienstanbieter einzahlen, deren Jahresumsätze aus der konzessionierten Tätigkeit 1 Mio EUR übersteigen. Zudem werden der Gesellschaft Universaldienst-Nettokosten nur insoweit ersetzt, als diese 2% der jährlichen Gesamtkosten der Gesellschaft übersteigen. Davon ausgehend, dass die Gesellschaft auch nach der Marktöffnung einen beträchtlichen Marktanteil innehaben wird, wird die Österreichische Post AG den überwiegenden Teil der Universaldienst-Nettokosten und die Administration des Ausgleichsfonds selbst finanzieren müssen.

Weiters verpflichtet das Postmarktgesetz die Österreichische Post AG dazu, bestehende Hausbrieffachanlagen im Zeitraum von 1. Jänner 2011 bis 31. Dezember 2012 derart umzurüsten, dass sie auch für ihre Mitbewerber zugänglich sind. Die dadurch entstehenden Umrüstkosten sind zwischen der Österreichischen Post AG und den konzessionierten Postdienstanbietern zu 90% im Verhältnis der Marktanteile und nur zu 10% nach der Zahl der konzessionierten Postdienstanbieter aufzuteilen. Geht man von einem hohen Marktanteil aus, wird die Österreichische Post AG den Großteil der Umrüstkosten selbst tragen müssen.

Sofern es infolge der Liberalisierung zu keiner Gleichbehandlung im Hinblick auf Beschäftigungsverhältnisse und gesetzliche Leistungsanforderungen zwischen der Österreichischen Post AG und ihren Mitbewerbern und einer adäquaten Abgeltung des Universaldienstes kommt, ist eine signifikante Ergebnisbelastung für die Österreichische Post AG nicht auszuschließen.

In der Öffentlichkeitsarbeit der Österreichischen Post AG nimmt die Thematik der Liberalisierung im Dialog mit allen Stakeholdern großen Stellenwert ein. Das Unternehmen sieht es als seine Aufgabe, auf die ungenügende Abgeltung des Universaldienstes und die Problematik der asymmetrischen Marktöffnung hinzuweisen.

Die Österreichische Post AG geht derzeit nicht davon aus, dass sie verpflichtet wird, ihren Mitbewerbern Zugang zu Teilleistungen einzuräumen. In einem solchen Fall könnten diese jedoch in besonders lukrativen Marktsegmenten Postdienstleistungen selbst erbringen und in weniger lukrativen Marktsegmenten auf Teilleistungen der Österreichischen Post AG zurückgreifen. Dies könnte zu erheblichen Ergebnisbeeinträchtigungen führen.

Aus der Änderung der umsatzsteuerlichen Behandlung der Postdienste könnten sich negative Auswirkungen auf die Umsatzentwicklung ergeben, insbesondere bei Kundengruppen, die nicht zum Abzug der Vorsteuer berechtigt sind.

Die Österreichische Post AG unterliegt in der Gestaltung ihrer Geschäftsbedingungen (einschließlich ihrer Entgelte) im Universaldienst der Kontrolle durch die Regulierungsbehörde. Die Gesellschaft kann deshalb im Bereich des Universaldienstes nur eingeschränkt durch Preisanpassungen auf Marktveränderungen reagieren.

Die Kompetenzen der Regulierungsbehörde sind unverändert geblieben. Hinsichtlich der Auslegung des Umfangs des Universaldienstes steht die Österreichische Post AG in Diskussion mit der Regulierungsbehörde. Eine unterschiedliche Definition der Grenzen des Universaldienstes kann sich in der marktkonformen Gestaltung des Produktportfolios und der Preisfestsetzung niederschlagen.

Im europäischen Verkehr zwischen Postgesellschaften drängt das Abrechnungssystem nach dem „Agreement for the Remuneration of Mandatory Deliveries of Cross-Border Mails“ (REIMS III und IV) das Abrechnungssystem des Weltpostvereins zurück. Bei REIMS III und IV handelt es sich um eine Vereinbarung über Endvergütungen im grenzüberschreitenden Postdienst, dem jedoch nicht alle europäischen Postunternehmen angehören. Die Parteien von REIMS III und REIMS IV gehen davon aus, dass diese Vereinbarung – wie ihre Vorgängerregelung (REIMS II) – gemäß Art. 81 Abs. 3 EG-Vertrag vom Kartellverbot freigestellt ist. Die Österreichische Post AG wird – wie auch andere europäische Postgesellschaften – mit 31. Dezember 2011 aus REIMS IV austreten. Zurzeit laufen die



Verhandlungen zum Abschluss bi- oder multilateraler Vereinbarungen mit anderen europäischen Postgesellschaften zur Abrechnung des grenzüberschreitenden Postdienstes nach dem 31. Dezember 2011.

Über das regulatorische Umfeld im Postmarkt hinaus muss die Österreichische Post AG im Rahmen ihres ordentlichen Geschäftsbetriebs eine Vielzahl von rechtlichen Beschränkungen beachten. So sind die vertraglichen und faktischen Gestaltungsspielräume des Unternehmens etwa durch wettbewerbsrechtliche Regelungen eingeschränkt. Die kartellrechtliche Zulässigkeit von Vereinbarungen und Geschäftspraktiken der Österreichischen Post AG war in der Vergangenheit bereits Gegenstand kartellrechtlicher Untersuchungen und Verfahren. Sonstige rechtliche Risiken ergeben sich auch aus nicht vorhersehbaren Gerichtsverfahren mit Mitbewerbern und Kunden.

Zur bestmöglichen Vermeidung von Ergebnisbeeinträchtigungen durch regulatorische und rechtliche Risiken ist die Österreichische Post AG bestrebt, in ihren Kernprozessen eine Erweiterung der Wertschöpfungskette und des Produktportfolios zu erzielen, um ihren Kunden noch bessere Leistungen anzubieten und eine Qualitätsoptimierung zu erreichen.

### **3.2.4 Finanzielle Risiken**

Finanzielle Risiken der Österreichischen Post AG umfassen das Liquiditätsrisiko, das Kredit-, Kontrahenten- und Produktrisiko, das Zinsänderungsrisiko, das Währungsänderungsrisiko sowie organisatorische Risiken. Eine detaillierte Darstellung der finanziellen Risiken findet sich im Anhang zum Jahresabschluss der Österreichischen Post AG.

### **3.2.5 Markt- und Wettbewerbsrisiken**

Die Österreichische Post AG erwirtschaftet den überwiegenden Teil ihres Umsatzes in Österreich. Sollten sich die derzeitigen Prognosen zum Wirtschaftswachstum verschlechtern, so könnten Planungsprämissen verworfen werden müssen und dadurch die Planungssicherheit eingeschränkt werden.

Ferner erwirtschaftet das Unternehmen einen nicht unbedeutenden Anteil des Umsatzes mit einer geringen Anzahl von Großkunden. Das wirtschaftlich erfolgreiche Weiterbestehen der Großkunden ist wesentlich für die stabile Entwicklung der Österreichischen Post AG. Großkunden sind vertraglich nicht verpflichtet, ihre Postsendungen von der Österreichischen Post AG befördern zu lassen, und könnten sich entscheiden, mittelfristig zumindest einen Teil ihrer Postsendungen Wettbewerbern der Österreichischen Post AG zur Zustellung zu übergeben.

Klassische Briefsendungen werden zunehmend durch E-Mail oder andere elektronische Medien ersetzt. Der Trend zur elektronischen Substitution von Briefen, insbesondere zur elektronischen Zustellung, wurde durch die Wirtschaftskrise der vergangenen Jahre beschleunigt und wird auch weiterhin fortbestehen. Diese Entwicklung kann zu nicht unerheblichen Volumenrückgängen und damit Ergebnisbeeinträchtigungen führen.

Der Brief- und Paketmarkt ist durch zunehmenden Wettbewerb gekennzeichnet. Insgesamt ist zu beobachten, dass der Markt zunehmend von der wirtschaftlichen Entwicklung seiner Kunden und zum anderen von der Wettbewerbssituation abhängig ist, die sich durch das etwaige Auftreten weiterer alternativer Anbieter weiter verschärfen könnte, sodass ein entsprechender Umsatzausfall nicht ausgeschlossen werden kann. Das Unternehmen ist in allen Ländern bestrebt, Kunden durch attraktive Leistungsangebote an sich zu binden.

Des Weiteren wird dem Mengenrückgang infolge von Substitution von Briefsendungen durch E-Mail mit neuen Produkten und Dienstleistungen, etwa im Bereich Infomail oder im B2B-Geschäft und vor allem aber entlang der Wertschöpfungskette, entgegengewirkt. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass infolge von Änderungen der gesetzlichen Zustellvorschriften für behördliche Sendungen ein Teil dieser Sendungen nicht mehr über die Österreichische Post AG zugestellt wird. Die Diversifikation auf mehrere Märkte trägt dazu bei, Risiken einzelner Kundensegmente weit zu streuen bzw. gering zu halten.

Ein Bestandteil der Strategie der Österreichischen Post AG ist das Wachstum durch selektive Akquisitionen und Kooperationen. Dabei ist es wichtig, passende Akquisitionsziele zu finden und erworbene Unternehmen erfolgreich

#### Anlage 4

zu integrieren. Die zukünftige Rentabilität dieser Projekte ist in hohem Maße vom Investitionsvolumen bzw. von den Akquisitionspreisen sowie politischen, wirtschaftlichen und gesetzlichen Faktoren abhängig. Alle Investitionsmaßnahmen müssen daher strikten finanziellen Kriterien gerecht werden.

In der Division Filialnetz sind die Erträge aus Finanzdienstleistungen stark von der wirtschaftlichen Entwicklung des Kooperationspartners BAWAG P.S.K., die Erträge aus Telekommunikationsprodukten von der Produktgestaltung des Kooperationspartners Telekom Austria abhängig.

Alle erwähnten Markt- und Wettbewerbsrisiken können zu nicht unerheblichen Volumenrückgängen und damit Ergebnisbeeinträchtigungen führen.



## **4. Internes Kontrollsystem und Risikomanagement im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess**

Das Interne Kontrollsystem (IKS) der Österreichischen Post AG im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess umfasst Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung, sowie der Einhaltung rechtlicher Vorschriften. Die klare Definition von Verantwortungsbereichen sowie systematische Kontrollen ermöglichen eine frühzeitige Risikoerkennung und gewährleisten eine ordnungsmäßige Rechnungslegung.

### **4.1 Kontrollumfeld**

Die Funktionen der Bereiche Treasury, Finanz- und Rechnungswesen und Controlling sind klar getrennt und die Aufgaben und Verantwortungen geteilt. Im Bereich Rechnungswesen setzt sich die Aufbauorganisation aus dem Rechnungswesen am Sitz der Gesellschaft sowie dezentraler Datenerfassungsstellen zusammen.

Die Aufgabe des Rechnungswesens besteht in der zeitgerechten, vollständigen und ordnungsgemäßen Erfassung von Geschäftsfällen und deren Darstellung in Monats-, Quartals- und Jahresabschlüssen der Österreichischen Post AG.

Sämtliche Belege werden am Sitz der Gesellschaft elektronisch erfasst und dokumentiert weiterverarbeitet. Eingangrechnungen werden in der zentralen Scannstelle elektronisch erfasst, die Belege in der Buchhaltung gebucht und zur Freigabe elektronisch weitergeleitet. Die Freigabe der Belege durch die jeweiligen Sachbearbeiter erfolgt im System. Dadurch ist eine elektronische Dokumentation der Freigabe der Belege gewährleistet.

Der Ablauforganisation der monatlichen Bilanzierung liegt ein strikter Terminplan zugrunde. Die Termine werden für ein Geschäftsjahr erstellt und unternehmensintern kommuniziert. Im Zuge der Bilanzierung melden die Verantwortlichen der Organisationseinheiten monatlich bilanzierungsrelevante Sachverhalte, für die im Unternehmen noch keine Belege vorliegen. Zusätzlich werden, um eine Vollständigkeit der Abschlüsse zu gewährleisten, in Durchsprachen mit den Divisionsleitern, den Leitern der Informationstechnologie und des Corporate Real Estate, die wesentlichen bilanziellen Themen und Sachverhalte erörtert.

### **4.2 Risikobeurteilung**

Die Risiken im Bereich Rechnungslegung umfassen die nicht vollständige Erfassung von bilanzierungsrelevanten Sachverhalten, Fehler in der Belegerfassung, Bewertungsfehler durch falsche Einschätzung von mit Unsicherheit behafteten Ereignissen bzw. fehlerhafte Berechnungen, unrichtiger Ausweis sowie verspätete Bilanzerstellung und Datenzugriff von unberechtigten Personen bzw. Datenmanipulation, Ausfall von IT-Systemen und Datenverlust.

### **4.3 Kontrollmaßnahmen**

Zur Gewährleistung einer vollständigen, zeitgerechten und richtigen Bilanzerstellung wurden in allen am Rechnungslegungsprozess beteiligten Bereichen Qualitätssicherungsmaßnahmen implementiert. Die Anwendung unternehmensinterner Richtlinien (wie z. B. Bilanzierungshandbuch, Bilanzierungsrichtlinien) führt zu einer einheitlichen Behandlung der Geschäftsfälle und einer einheitlichen Bilanzierung, Bewertung und Berichterstattung. Diese Richtlinien und Anweisungen werden laufend aktualisiert.

Zusätzlich werden die für den IFRS-Konzernabschluss gültigen Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften angewandt, um sicherzustellen, dass Geschäftsvorfälle konzernweit einheitlich erfasst und bewertet werden.

Die Abschlüsse werden in SAP R3 als führendem System erstellt. Alle für die Rechnungslegung und Berichterstattung relevanten SAP Module kommen zum Einsatz. Die Systeme sind durch entsprechende Einrichtungen im EDV-Bereich gegen unbefugte Zugriffe geschützt.

Durch die eingesetzte Software finden automatisierte Prüfungen statt. Neben den automatisierten Kontrollen (wie Funktionstrennung, Rechnungsfreigabe, Rechnungsprüfung) existieren manuelle Kontrollen (z.B. durch Stichproben). Bei allen rechnungslegungsrelevanten Prozessen wird das Vier-Augen-Prinzip angewendet. Die Schlüsselprozesse



wurden dokumentiert, standardisiert und mit Kontrollpunkten versehen. Diese klar definierten Überprüfungsmechanismen ermöglichen eine frühzeitige Risikoerkennung. Zusätzlich wird sichergestellt, dass die Rechnungslegung im Einklang mit den gesetzlichen Vorschriften, den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung und internationalen Rechnungslegungsvorschriften steht.

#### 4.4 Information und Kommunikation

Zur Wahrnehmung der Überwachungs- und Kontrollfunktionen werden die Abschlüsse einem definierten Managementkreis der Österreichische Post AG auf Segmentebene zur Verfügung gestellt.

Neben den gesetzlich vorgeschriebenen Abschlüssen werden interne Berichte, die weiterführende Erläuterungen zu ausgewählten Positionen und Kennzahlen enthalten, erstellt. Wesentlicher Bestandteil der internen Berichterstattung der Österreichischen Post AG ist die Datenauswertung und deren Analyse. Diese beinhaltet unter anderem die Berechnung von Cashflows sowie dazugehörige detaillierte Erläuterungen.

Vom Controlling wird monatlich ein interner Beteiligungsbericht erstellt, der Informationen über die Entwicklung der einzelnen Konzernunternehmen enthält. Dieser Bericht wird ebenfalls dem Vorstand zur Verfügung gestellt.

Die Berichterstattung an die Aktionäre der Österreichische Post AG erfolgt durch Investor Relations in Übereinstimmung mit dem Österreichischen Corporate Governance Kodex sowohl über die Website von Investor Relations, [www.post.at/ir](http://www.post.at/ir) als auch über direkte Gespräche mit den Investoren. Die veröffentlichten Informationen werden allen Investoren zeitgleich zur Verfügung gestellt. Zusätzlich zu den Pflichtpublikationen stehen den Investoren auf der Investor Relations Website zahlreiche weitere Informationen zur Verfügung.

#### 4.5 Überwachung

Kernpunkt des operativen Risikomanagements bildet die Identifizierung, Evaluierung und Beherrschung von wesentlichen Risiken aus der operativen Geschäftstätigkeit. Dieser Prozess wird von Schlüsselpersonen in den Divisionen und den Geschäftsfeldern getragen. Die divisional angelegte Organisationsstruktur gliedert sich in drei operativ tätige Divisionen bzw. fünf Geschäftsfelder sowie in unterstützende und beratende Zentral- und Serviceeinheiten.

Für den gesamten Österreichischen Post Konzern besteht ein einheitliches Risikomanagement, das alle Organisationseinheiten und wesentliche Tochtergesellschaften sowie ein internes Kontrollsystem für alle wesentlichen Prozesse einschließt und sich grundsätzlich nach dem COSO Standard „Enterprise Risk Management – Integrated Framework“ richtet.

Weitere zentrale Instrumente der Risikoüberwachung und -kontrolle sind Richtlinien über den Umgang mit wesentlichen Risiken, der Planungs- und der Controllingprozess sowie die laufende Berichterstattung. Die Richtlinien betreffen beispielsweise die Festsetzung und Kontrolle von Limitkategorien und Handlungsabläufen zur Begrenzung finanzieller Risiken sowie die strikte Einhaltung des Vier-Augen-Prinzips.

Diese Richtlinien sind Teil des Internen Kontrollsystems und stellen unter anderem die ordnungsgemäße interne und externe Finanzberichterstattung sicher. Der Planungs- und Controllingprozess dient als Frühwarnsystem und als Basis für die Beurteilung der Wirksamkeit der eingeleiteten Steuerungsmaßnahmen.

Das Interne Kontrollsystem als Teil des Risikomanagementsystems ist risikoorientiert aufgebaut und in die Betriebsabläufe integriert. Das bedeutet, dass Maßnahmen arbeitsbegleitend erfolgen oder dem Arbeitsvollzug unmittelbar vor- oder nachgelagert sind. Das IKS basiert auf genauen Informationen über die Prozesse für die Rechnungslegung und Finanzberichterstattung und schließt auch deren vorgelagerte Unternehmensprozesse mit ein. Die Wirksamkeit des Internen Kontrollsystems wird regelmäßig von der Konzernrevision überprüft.



## 5. Informationen gemäß § 243a UGB

Das Grundkapital der Österreichischen Post AG beträgt 337.763.190 EUR und ist geteilt in 67.552.638 Stück auf Inhaber lautende Stückaktien. Es liegen keine Stimmrechtsbeschränkungen oder Syndikatsvereinbarungen vor, die der Gesellschaft bekannt sind.

Die Republik Österreich hält über die Österreichische Industrieholding AG (ÖIAG) 52,8% der Anteile an der Österreichischen Post AG (auf Basis der in Umlauf befindlichen 67.552.638 Stück Aktien, nach Einzug aller 2.447.362 eigenen Aktien am 24. April 2009). Der Gesellschaft sind keine anderen Aktionäre bekannt, die mehr als 10% der Anteile halten.

Soweit der Gesellschaft bekannt ist, gibt es keine Inhaber von Aktien mit besonderen Kontrollrechten. Mitarbeiter, die auch Aktionäre der Österreichischen Post AG sind, üben ihre Stimmrechte individuell aus. Es existieren keine sich nicht unmittelbar aus dem Gesetz ergebenden Bestimmungen über die Ernennung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie über die Änderung der Satzung der Gesellschaft.

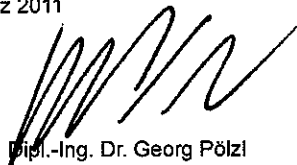
Genehmigtes Kapital: Gemäß § 5 der Satzung der Österreichischen Post AG ist der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats ermächtigt, bis fünf Jahre nach Eintragung der Satzungsänderung in das Firmenbuch das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu 175.000.000 EUR durch Ausgabe von bis zu 35.000.000 Stück neue auf Inhaber lautende Stückaktien gegen Bareinlagen zu erhöhen und den Ausgabekurs sowie die Ausgabebedingungen festzusetzen. Die Satzungsänderung wurde am 18. März 2006 in das Firmenbuch eingetragen.

Bedingtes Kapital: Gemäß § 5 der Satzung der Österreichischen Post AG ist der Vorstand ermächtigt, bis fünf Jahre nach Eintragung der Satzungsänderung in das Firmenbuch verzinsliche Wandelschuldverschreibungen auszugeben, mit denen ein Umtausch- oder Bezugsrecht in bis zu 35.000.000 Stück auf Inhaber lautende Aktien ohne Nennwert (Stückaktien) im Gesamtbetrag von insgesamt bis zu 175.000.000 EUR verbunden ist. Zu diesem Zweck wurde das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu 175.000.000 EUR durch Ausgabe von bis zu 35.000.000 Stück auf Inhaber lautende Stückaktien mit Stimmrecht bedingt erhöht. Die Satzungsänderung wurde am 21. April 2006 in das Firmenbuch eingetragen.

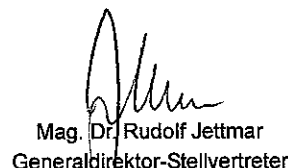
Es gibt keine bedeutsamen Vereinbarungen, an denen die Gesellschaft beteiligt ist, die bei einem Kontrollwechsel in der Gesellschaft in Folge eines Übernahmeangebotes wirksam werden, sich wesentlich ändern oder enden.

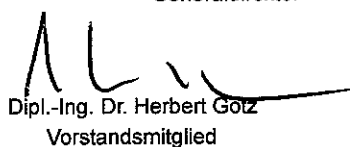
Für den Fall eines öffentlichen Übernahmeangebotes gibt es keine Entschädigungsvereinbarungen zwischen der Gesellschaft und ihren Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern oder Arbeitnehmern.

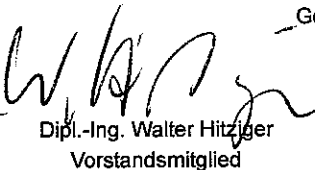
Wien, am 1. März 2011

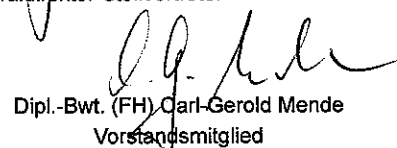
  
Dipl.-Ing. Dr. Georg Pölzl  
Generaldirektor

Der Vorstand

  
Mag. Dr. Rudolf Jettmar  
Generaldirektor-Stellvertreter

  
Dipl.-Ing. Dr. Herbert Götz  
Vorstandsmitglied

  
Dipl.-Ing. Walter Hitzinger  
Vorstandsmitglied

  
Dipl.-Bwt. (FH) Carl-Gerold Mende  
Vorstandsmitglied



#### 4. Bestätigungsvermerk

##### Tz 15 Bericht zum Jahresabschluss

Wir haben den beigefügten Jahresabschluss der Österreichische Post AG, Wien, für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2010 bis zum 31. Dezember 2010 unter Einbeziehung der Buchführung geprüft. Dieser Jahresabschluss umfasst die Bilanz zum 31. Dezember 2010, die Gewinn- und Verlustrechnung für das am 31. Dezember 2010 endende Geschäftsjahr sowie den Anhang.

##### *Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und für die Buchführung*

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind für die Buchführung sowie für die Aufstellung und den Inhalt des Jahresabschlusses verantwortlich, der ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften vermittelt. Diese Verantwortung beinhaltet: Gestaltung, Umsetzung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems, soweit dieses für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft von Bedeutung ist, damit dieser frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist, sei es auf Grund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern; die Auswahl und Anwendung geeigneter Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden; die Vornahme von Schätzungen, die unter Berücksichtigung der gegebenen Rahmenbedingungen angemessen erscheinen.

*Verantwortung des Abschlussprüfers und Beschreibung von Art und Umfang der gesetzlichen Abschlussprüfung*

Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem Jahresabschluss auf der Grundlage unserer Prüfung. Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, dass wir die Standesregeln einhalten und die Prüfung so planen und durchführen, dass wir uns mit hinreichender Sicherheit ein Urteil darüber bilden können, ob der Jahresabschluss frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen hinsichtlich der Beträge und sonstigen Angaben im Jahresabschluss. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Abschlussprüfers unter Berücksichtigung seiner Einschätzung des Risikos eines Auftretens wesentlicher Fehldarstellungen, sei es auf Grund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern. Bei der Vornahme dieser Risikoeinschätzung berücksichtigt der Abschlussprüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft von Bedeutung ist, um unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen geeignete Prüfungshandlungen festzulegen, nicht jedoch um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft abzugeben. Die Prüfung umfasst ferner die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und der von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass wir ausreichende und geeignete Prüfungsnachweise erlangt haben, sodass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil darstellt.

### *Prüfungsurteil*

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss nach unserer Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage der Österreichische Post AG zum 31. Dezember 2010 sowie der Ertragslage der Gesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2010 bis zum 31. Dezember 2010 in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung.


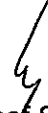
### **Aussagen zum Lagebericht**

Der Lagebericht ist auf Grund der gesetzlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob die sonstigen Angaben im Lagebericht nicht eine falsche Vorstellung von der Lage der Gesellschaft erwecken. Der Bestätigungsvermerk hat auch eine Aussage darüber zu enthalten, ob der Lagebericht mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob die Angaben nach § 243a UGB zutreffen.

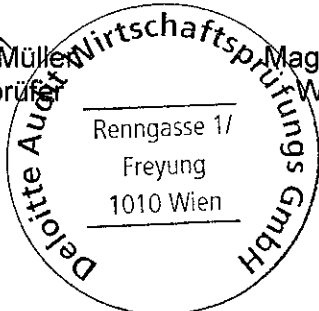
Der Lagebericht steht nach unserer Beurteilung in Einklang mit dem Jahresabschluss. Die Angaben gemäß § 243a UGB sind zutreffend.

Wien, am 1. März 2011

**Deloitte Audit Wirtschaftsprüfungs GmbH**

Mag. Walter Müller      Mag. Josef Spadinger  
Wirtschaftsprüfer      Wirtschaftsprüfer



Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses mit unserem Bestätigungsvermerk darf nur in der von uns bestätigten Fassung erfolgen. Dieser Bestätigungsvermerk bezieht sich ausschließlich auf den deutschsprachigen und vollständigen Jahresabschluss samt Lagebericht. Für abweichende Fassungen sind die Vorschriften des § 281 Abs 2 UGB zu beachten.